

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich Ks 16.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— jährlich 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Reklamemarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich (1924).

4. Jahrgang.

Dienstag, 11. November 1924.

Nr. 264.

Der Optimist Svehla.

Die Nichtteilnahme der Opposition an den Beratungen des Budgetausschusses, die den tschechoslowakischen Parlamentarismus ohne das verhüllende Mäntelchen der Demokratie als Absolutismus bloßstellen, ärgert die Koalition nicht wenig, wenn sie es auch nicht zugeben will. Der Herr Ministerpräsident Svehla ist daher am Samstag im Budgetausschuß aufgetreten, um sich und seinen Freunden Mut zuzusprechen. Das glaubte er am besten dadurch zu erzielen, daß er an der Absicht, welche die Abstimmung der Koalitionsparteien verfolgt, vorbeiredete und Unwissenheit gegenüber dieser Absicht markierte. Er tat, als wenn er glauben würde, die Opposition bilde sich ein, durch die Abstimmung an den Beratungen über den Staatsvorschlag die Koalition zum Sturze bringen zu können und er versicherte, ohne daß er eigentlich zu dieser Versicherung unmittelbare Veranlassung gehabt hätte, es seien alle Prophezeiungen, daß die Koalition auseinandergehen und sterben werde, falsch, denn keine dieser Prophezeiungen habe sich erfüllt und er „bürge“ dafür, sie werden sich auch nicht erfüllen. Gleichzeitig erklärte er, er sei immer Optimist gewesen, bisher sei auch stets alles so gegangen, daß sein Optimismus berechtigt war. Weder die Nachrichten über bevorstehende Wahlen noch über einen drohenden Zerfall der Koalition seien richtig.

Es ist nicht das erste Mal, daß die angebliche Festigkeit und Stabilität der Koalition von einem an ihrem Bestand Interessierten demonstrativ betont wird und wir wollen mit Herrn Svehla darüber nicht streiten, ob er mit seiner Prophezeiung Recht behält. Wir selber haben nie zu denen gehört, die sich auf Prophezeien eingelassen haben. Was wir taten — und auch weiterhin tun werden, — das ist, daß wir Sinn und Wesen dieser Koalition kritisieren und die Unmöglichkeit aufzeigen, mit diesem Gebilde so zu regieren, daß dieses Regierung über das berühmte Durchretten und Fortwursteln hinausgehe, daß es sich nach großen Gesichtspunkten vollziehe, die ebenso die Aufgaben der Gegenwart, wie jene der Zukunft des Staates im Auge behalte. Daß dies der Fall war und ist, wird nicht einmal Svehla der Optimist behaupten und er würde seine Berechtigung, sich als Staatsmann zu bezeichnen, gründlich verwirken, wenn er wirklich der Meinung wäre, die allnationale Koalition stelle ein ideales Instrument zur Leitung des Staates dar. Es ist der Koalition gelungen, während der Zeit ihres Bestandes eine Menge Gehebe zu erzeugen, sie hat regelmäßig auch das Budget zeitgerecht zu erledigen vermocht. Aber kann man dies auch schon Regieren unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des Staates nennen? Wenn Herr Svehla an diese fragwürdigen Erfolge mit seinem Optimismus anknüpft und sogar dafür „bürge“ will, daß alles so bleibt, wie es war, dann ist er um diesen Optimismus nicht zu beneiden.

Um Svehlas „Optimismus“ zu teilen, heißt vergessen, daß die Frage des Bestandes und der gesunden Fortentwicklung des Staates ein Problem birgt, das heißt auch geflüstertlich übersehen, daß sich der Staat in einer latenten Krise befindet. Kein wirklich guter und kluger Patriot wird sich und andere zu belügen suchen, die bisherige Koalition und ihre Regiererei wären geeignet gewesen, den Staat im Innern auf feste Fundamente zu stellen. Es hat nicht an solchen Versuchen gefehlt und im Grunde genommen waren alle Bemühungen des Herrn Außenministers auf dieses Ziel gerichtet. Aber eben nur die Bemühungen des Außenministers, der in aller Welt Bündnisse suchte, um den Staat den außen zu stützen, nicht auch jene der Regierung, die ihre ganze Kunst darauf einstellte, von der Hand in den Mund, von einem Tag auf den andern zu leben, schönfärbische Reden auf diese ihre Tätigkeit zu halten, im übrigen die Dinge gehen zu lassen, wie sie

Kein Streifbrecher hat sich bisher gefunden!

Der Lebensmittel- und Kohlentransport freigegeben. — Heute Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Der gewaltige Eisenbahnstreik, der den gesamten Eisenbahnverkehr in der Republik Österreich lahmgelegt hat, hat folgende Vorgeschichte:

Schon seit dem Monat Mai verhandeln die Vertreter des österreichischen Eisenbahnpersonals mit der Generaldirektion der Bundesbahnen wegen einer Beförderungserhöhung, zu deren Durchführung die Generaldirektion prinzipiell ihre Zustimmung gegeben hat. Im August stieg der antizipierte Lebenshaltungszuwachs um sechs Prozent und die Eisenbahner verlangten naturgemäß eine entsprechende Erhöhung ihrer Zuschläge. Diese Erhöhung wurde aber unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Aktivität der Geschäftsführung der Bundesbahnen und die Durchführung des Genfer Sanierungswerkes abgewiesen. Im Oktober trat nun eine weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten ein und die Generaldirektion der Bundesbahnen weigerte sich abermals, durch eine Erhöhung der Bezüge der Eisenbahner einen Ausgleich zu schaffen. Die Erfüllung der Lohnforderungen der Eisenbahner hätte einen Betrag von 180 Milliarden Kö, das sind 90 Millionen Ks, ausgemacht. Ferner verlangten die Vertreter der Gewerkschaften eine Regelung der Bezüge der Pensionisten sowie eine Erhöhung der Nachdienstzulage. In letzter Stunde lenkte nun die Generaldirektion ein und wollte einen Teil der Forderungen des Personals der Bundesbahnen bewilligen. Die Differenzen zwischen dem, was die Eisenbahner forderten und was die Direktion geben wollte, betrug schließlich nur noch sechs Milliarden Kö, also drei Millionen Ks. Weiter wollte die Direktion der Bundesbahnen auf keinen Fall gehen und die Eisenbahner waren daher gezwungen, in der Nacht von Freitag den 7. auf Samstag den 8. November, in den Streik zu treten, um ihre durch die Teuerung bedrohte Lebenshaltung zu retten.

Der Widerstand sowohl der Generaldirektion der Bundesbahnen als auch der Regierung Seipel gegen die Forderungen der Eisenbahner hat zweifellos politische Motive. Der Betrag von sechs Milliarden Kö, um den es sich schließlich handelte, spielt in dem Budget der Bundesbahnen, das 3250 Milliarden Kö beträgt, keine Rolle. Nach-

den der tägliche Verlust, den die Bundesbahnen durch den Streik erleiden, 16 Milliarden aus, so daß, wenn der Streik eine Woche dauert, der Verlust der Bahnen 180mal so groß ist als die ganze Forderung der Eisenbahner ausmacht. Dem Bundeskanzler handelte es sich zweifellos darum, den Einfluß der Eisenbahnergewerkschaft zu brechen und die Eisenbahner in den Augen der Öffentlichkeit als diejenigen hinzustellen, welche das Genfer Sanierungswerk gefährden. Wegen der restlosen Durchführung des Sanierungswerkes machten sich nämlich nicht nur in der Opposition, sondern in den beiden Regierungsparteien selbst, die Widerstände immer mehr geltend und der Bundeskanzler will — förmlich in einem Aufwischen — die Gegner des Sanierungswerkes schwachmütig sein. Der Schwindel, den die Regierung Seipel dabei treibt, geht daraus hervor, daß sie im selben Moment, da sie die Auszahlung von sechs Milliarden Kö an die Eisenbahner als eine Gefahr für das Genfer Sanierungswerk erklärt, im Parlament eine Vorlage auf Verabschiedung der Bank- und Valutenumsatzsteuer eingebracht hat, die einer Verringerung der Staatseinnahmen um nicht weniger als 250 Milliarden Kö gleichkommt. In demselben Augenblick also, da Seipel den Eisenbahner auf keinen Fall sechs Milliarden geben will, wirft er dem Finanzkapital 250 Milliarden in den Rücken. Es geht daraus die völlige kapitalistische Einstellung der Regierung Seipels hervor und so ist der Streik der Eisenbahner nicht nur ein bedeutender gewerkschaftlicher Kampf, sondern auch ein politischer Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Wien, 10. November. (Eigenbericht.) Der Eisenbahnstreik wird in ganz Österreich überall flaglos durchgeführt. Es hat sich zur Stunde noch kein einziger Streifbrecher gefunden. Das Zentralstreikkomitee besteht aus den Vertretern der drei Gewerkschaften. In den einzelnen Orten haben die Streikenden eigene Streikleitungen eingesetzt, die natürlich gegenseitig einbernehmlich arbeiten. Die Angestellten stehen alle auf ihren Posten, so daß der Verkehr, wenn eine Einigung erzielt werden kann, sofort wieder aufgenommen

werden kann. Man hat für gestern den Beginn von Verhandlungen erhofft, da Genosse Smejtal, der Vertreter der Arbeiter, mit dem Generaldirektor Siegmund eine neue Einigungsmöglichkeit erörterte. Daß es gestern nicht zu einer Einigung kam, findet seine Erklärung darin, daß die Generaldirektion unter dem Druck der Regierung steht.

Die Streikleitung hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, um die Versorgung der Bevölkerung mit den wichtigsten Lebensmitteln sicherzustellen. Es wurden die Beförderung von lebendem Vieh und von frischem Fleisch sowie Kohle freigegeben, jedoch hat die Streikleitung von den Kohlen- und Viehhändlern die Zustimmung erzwungen, daß die Preise nicht erhöht werden dürfen. Die Postbeförderung wird bloß nach dem Auslande ermöglicht. Zwischen dem Zentralstreikkomitee und der Postgewerkschaft wurde vereinbart, daß die Beförderung der Auslandspost durch staatliche Autolinien durchgeführt wird. Eine Reihe von Autolinien nach Deutschland, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien ist eingerichtet worden. Nach der Tschechoslowakei gehen zwei Linien, und zwar Wien—Preßburg und Wien—Lundenburg. Die Beförderung der Auslandspost erfolgt sowohl von Wien zur Grenze wie auch zurück. Die Postautos dürfen nur Briefe, Zeitungen und Drucksachen, jedoch keine Pakete mitnehmen. Versuche, die Postbeförderung auch im Inlande mittels Auto einzuführen zu wollen, sind an dem Widerstande der Postangestellten gescheitert, die erklärten, daß sie eine solche Arbeit als Streikbruch auffassen würden. Für die Sitzung des am morgen einberufenen Nationalrates werden die Abgeordneten durch drei Sonderzüge nach Wien gebracht werden. Diese drei Sonderzüge sind bereits heute abgegangen und nehmen Abgeordnete, Bundesräte und Mitglieder der Landesregierungen mit. Die Mitnahme anderer Personen ist von der Zentralstreikleitung verboten worden.

Wie verlautet, sollen sich die christlichen Eisenbahner heute bei dem Bundeskanzler beschwert haben, weil der Vorschlag, den am Samstag Genosse Smejtal unterbreitete, von der Regierung nicht aufgenommen wurde. Es heißt, daß eine neutrale Persönlichkeit, höchstwahrscheinlich der Vorsitzende des Nationalrates, sich bemühen wird, die seit Freitag unterbrochenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Zur Stunde tagen die Organisationen und beraten über neu zu unternehmende Schritte.

Wien, 10. November. (Eigenbericht.) Auf Einladung des Präsidenten Gintzler, dessen Demission bekanntlich von der Regierung nicht angenommen wurde, erschienen heute um 6 Uhr abends die Vertreter der drei Eisenbahnerorganisationen in der Generaldirektion, wo mit dem Präsidenten eine Aussprache stattfand. In dieser Konferenz wurde vereinbart, daß die Vertreter der drei Organisationen morgen um zwölf Uhr mittags wieder im Präsidium erscheinen, wo die Freitag unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen werden sollen.

Koalitionsberatungen.

Wien, 10. November. (R. B.) In den Abendstunden fand im Bundeskanzleramt eine Besprechung statt, an der sämtliche Mitglieder der Regierung und die führenden Mitglieder der Mehrheitsparteien teilnahmen. Die Besprechung war der Streiklage und den parlamentarischen Aufgaben gewidmet.

Christlichsoziale Verjuchsbällons.

Wien, 10. November. (Eigenbericht.) In christlichsozialen Kreisen wird das Gerücht verbreitet, daß angeblich der Bundeskanzler die Absicht habe, morgen den Sozialdemokraten eine Koalition anzubieten. Dieses Gerücht wird geflüstertlich weiterverbreitet und es liegt hier offenbar eine ganz besondere Absicht dahinter, denn es ist ernstlich an eine solche Koalition weder vom christlichsozialen noch vom sozialdemokratischen Standpunkt aus zu denken.

Einstellung der Postbeförderung nach Österreich.

Infolge des Streikes des österreichischen Eisenbahnpersonals wird die Annahme von Verbriefen und Paketen zum Beförderungsmittel Post nach Österreich und über Österreich eingestellt. (Von Post- und Telegraphenministerium.)

eben gingen und den lieben Herrgott einen guten Mann sein zu lassen.

Optimismus ist für Menschen, deren Amt sie nicht zwingt, für andere die Verantwortung zu tragen, eine angenehme Eigenschaft. Sie läßt sie die Dinge durch rosenrote Brillen sehen und wo andere Licht und Schatten in natürlicher Verteilung erblicken, sehen sie Licht wie Schatten in rosenroter Verklärung. Diese harmlose Beschäftigung ist solchen Menschen ruhig zu gönnen, sie nützt und schadet niemandem; etwas anderes ist es, wenn ein verantwortlicher Staatsmann sie pflegt und sich ihrer noch rühmt, obwohl er doch verpflichtet wäre, die Welt zu sehen, wie sie ist und nicht, wie sie ihm, durch sein fröhliches Temperament hindurch gesehen, erscheint.

Zum Unterschied von sich selbst, will er alle, die nicht gleich ihm den heutigen Zustand als dauernd und erprießlich ansehen, als Schwarzseher hinstellen. Schwarzseher sind die, die es beklagen, daß die Regierung im weiteren Sinne ziel- und programmlos dahinsteuert, die der Auffassung sind, daß die heutige Koalition ein Hindernis der Entwicklung und Gesundheit des Staates ist. Die latente Staatskrise ist da, sie besteht schon seit Errichtung des Staates, doch die Regierung Svehlas hat, statt sie kräftig anzupacken, nur ihre Bemäntelung betrieben. Wer nicht blind ist oder nicht hartnäckig seine Augen verschließt, muß sehen, daß die allnationale Koalition, welche die Entfaltung und Klarstellung des politischen Klassenkampfes hindert, ein verfehlter Ausweg und ein unbrauchbarer Behelf ist, eine dauernde Lösung des Staatsproblems zu schaffen. Die Koalition regiert, aber wie? Ihr unentbehrliches Hilfsmittel ist die Gewalt, ihre Requisitionen sind die losgelassene und entfesselte

Lenjur, sind die zahlreichen „Schutzgesetze“ und ist die schmachvolle Polizei-Geschäftsordnung des Parlamentes, welche die Abgeordneten zu Marionetten herabwürdigt. Die Koalition regiert, aber bei ihrer Regiererei ist alle Demokratie flöten gegangen, ist die Bürokratie üppig geworden und das Parlament wurde zu einer reinen Rede- und Abstimmungsmaschine ohne Seele, Kraft und Würde. Der Lebensfrage des Staates, der Lösung der nationalen Frage, wurde in weitem Bogen aus dem Wege gegangen, sogar ihre Existenz rundweg geleugnet. Dennoch ähzt und stöhnt die Maschinerie, die Koalition liegt sich in den Haaren und ein Kompromiß, ein Kuhhandel folgt dem anderen, nur um der Koalition das bißchen elende Dasein zu retten.

In dieser lebensrettenden Tätigkeit für die Koalition erschöpft sich die Kraft Svehlas, von dem man nur staunen kann, daß er sich als Staatsmann keine höheren Ziele setzt, als die Koalition immer aufs neue zu galvanisieren und ihr, so oft sie im Schlamm der „Situationen“ zu versinken droht, eifervoll herauszuhelfen. Der Bestand und die Haltung der Arbeitsgemeinschaft hat Herrn Svehla lange Zeit hindurch eine wichtige Chance in die Hand gespielt, die jeder wirkliche Staatsmann auszunutzen verstanden hätte, doch Svehla hat dieses Kapital nutzlos vertan, hat diejenigen, die ihre Hoffnung auf die Einsicht der Macht haben gestellt, entmutigt und in den Augen ihrer Wählerschaft diskreditiert. Nun stellt er sich hin und singt das hohe Lied von der Koalition, der niemand etwas anhaben könne und die ewig bestehen werde. Als ein guter Staatsmann hat sich Herr Svehla in den drei Jahren seiner Ministerschaft nicht gezeigt, es wird sich zeigen, daß er ebensowenig ein guter Prophet ist!

Der Kampf um das Parlament.

Der Tiefstand des politischen Niveaus in der Tschechoslowakei offenbart sich in der Stellungnahme der Koalition und ihrer Presse zu der verhängnisvollen Opression im Budgetauschuss von Tag zu Tag mit größerer Deutlichkeit. Es zeigt sich, daß die Mehrheit nicht fähig, oder nicht Willens ist, Sinn und Absicht einer politischen Aktion der Minderheit zu begreifen. In der Generaldebatte, die der Budgetauschuss vergangene Woche adführte, hat Genosse Taub eine erschütternde Fülle sehr konkreter Angaben sowohl gegen den Inhalt als auch gegen die Form des Regierens in diesem Lande erhoben. Darauf erwidert der Herr Ministerpräsident Svehla: Ich werde nicht demissionieren. Und die „Prager Presse“ festsetzt: Es wird keine Neuwahlen geben. Wissen die Herren nicht, worum es sich handelt? Oder — was wahrscheinlicher ist — wollen sie es nicht verstehen?

Wir werden niemals leugnen, daß wir die Regierung Svehla je früher desto lieber vom Schauplatz ihrer Tätigkeit verschwinden sehen. Wir haben auch wiederholt betont, daß wir das gegenwärtige Parlament keineswegs als den Ausdruck des Willens der Bevölkerung anerkennen vermögen. Aber nicht um diese Dinge handelt es sich uns in dem Kampfe, den wir jetzt führen. Hier handelt es sich — und das wurde in Parlament und Presse wiederholt klar genug ausgesprochen — der Opposition um die Erringung der ihr gebührenden Stellung im Parlament und damit um die Rechte und den Einfluß des Parlamentes selbst. Will die Regierung das Parlament wieder zu dem machen, was es sein möchte, nämlich zur gesetzgebenden Körperschaft, oder will sie unter feiger Tuschung seitens einer gefügigen Majorität die Tschechoslowakei immer tiefer in den Absolutismus hineinführen? Das ist die Frage und darauf wird die Regierung antworten müssen. Sie mag die Opposition noch so sehr misshandeln, aber es ist keine bloße Frage der Opposition, es ist ein grundlegendes Problem des Staates, vor das die Regierung gestellt ist.

Dem daß der Absolutismus in voller Blüte steht, vermag niemand mehr zu leugnen. Es ist das Verdienst und der erste Erfolg des oppositionellen Schrittes, daß diese erschütternde Tatsache endlich in voller Klarheit ans Licht gebracht wurde. Es ist bei vollkommener Bestätigung des Standpunktes, den wir kämpft vertreten, wenn ein gut informierter, Herr Kliman, in den „Edoche Noviny“ vom 10. November schreibt:

„Wir können übrigens den Herren Gsch und Taub verraten, daß die Teilnahme der Koalition an den Verhandlungen über das Budget von sehr zweifelhaftem Werte war. Die Herren haben gehört, daß nicht einmal die Präsidenten der Nationalversammlung mit dem Finanzminister über die Beträge einverstanden waren, welche für das Parlament in das Budget eingesetzt werden sollten und daraus erklärt sich, daß die oppositionelle Rede im Budgetauschuss bisher eigentlich der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses gehalten hat. Und die übrige Koalition? Es fanden etwa zwei Sitzungen des Scherenaususses der Koalition statt, in welchen dessen Mitgliedern die groben Umrisse des Budgets bekanntgegeben wurden, zu dem Zwecke, daß sie Anträge stellen sollten, wo es möglich wäre, in den Ziffern etwas herabzusetzen.“

Und diese Geständnisse, an denen, nebenbei bemerkt, die ungeschämte Identifizierung der Parlamentarier mit Koalitionsorganen sehr bezeichnend ist, kulminieren in der Feststellung, daß der Exodus der Opposition das Uebergewicht der Regierung über das Parlament vergrößert habe. Es ist genau das, was Genoss: Taub im Budgetauschuss gesagt hat:

„Wir wollen Ihnen die Illusion nehmen, als ob Sie, die Koalitionsparteien, in diesem Hause die

Politik des Landes lenken und Ihnen selbst zum Bewußtsein bringen, daß auch Sie zugunsten einer rücksichtslosen Oligarchie abgedankt haben.“

Die Entarbung des Absolutismus ist restlos vollzogen.

Tritt angesichts dieser völligen Uebereinstimmung des Standpunktes Herr Kliman auf die Seite unserer Genossen? Nein, er beschimpft sie. Die „Edoche Reviny“, die man gewohnt ist, als das intelligenteste tschechische Blatt anzusehen, sinken so tief, daß sie die fleißigsten und gewissenhaftesten Arbeiter im Parlament verdächtigen, aus persönlicher Bequemlichkeit von den Arbeiten im Ausschuss fernzubleiben. Der Ehr: untreuer Abgeordneter kann Herr Kliman nicht nahe treten. Aber durch die Anwendung so niedriger Mittel beweist er dem völligen Mangel in Argumenten gegen unsere Forderung.

Keine Verdächtigung und keine Entstellung

Inland.

Die Gemeindevahlen in Mähr.-Ost.

Zonntag fanden in Mährisch-Ost. die Gemeindevahlen statt. Es waren die ersten Gemeindevahlen in Groß-Ost. denn die Gemeinden, die das heutige Groß-Ost. bilden, wurden bisher von Verwaltungskommissionen geleitet. Das Wahlergebnis wurde mit Spannung erwartet: Die Agitation war sehr heftig, so daß sich zum Beispiel die Prager tschechischen Blätter die ganze Vorwoche bereits mit den Wahlen beschäftigten. Es waren schätzungsweise Mandate zu besetzen, von denen 39 den Tschechen, 14 den Deutschen und sieben den Kommunisten zufielen. Soweit es sich um die Machtverhältnisse im Ost. rathaus, um das Verhältnis der sozialistischen zu den bürgerlichen Parteien handelt, haben die Wahlen fast nichts an dem bisherigen geändert. Wahrscheinlich wird der tschechische Sozialdemokrat: Prolet wieder Bürgermeister werden.

Bei 58.023 wahlberechtigten Personen wurden 49.127 Stimmen abgegeben. Es erschienen demnach 85 Prozent der Wähler an der Urne. Die Wahlzahl beträgt: 806.

Es erhielten:

	Stimmen	Wahlzettel	Stimmen d. h. Partei anst. wahlen 1920
Tschech. Sozialdem.	12.654	16	19.781
Tschech. Nat.-Soz.	4.611	5	2.971
Deutsche Sozialdem.	813	1	5.746
Legionäre	1.312	2	—
Tschechischlerikale	5.607	7	2.228
Deutschdemokraten	828	1	554
Juden	1.685	2	2.264
Gewerkepartei	1.527	2	1.264
Tsch. Wahlgemeinschaft	9.701	12	5.649
Nationaldemokraten	4.283	5	3.438
Lebenspartei	863	—	—
Kommunisten	5.683	7	—
Moderat-Anhänger	—	—	584
Tschechische Agrarier	—	—	222
Tsch. Christlichsoziale	—	—	794

Auffallend an diesem Wahlergebnis und vor allem für uns bedeutend, ist der schwere Rückgang der deutschen sozialdemokratischen Stimmen. Während die nationalsozialistische Parteien in tschechischen wie in deutschen Lager erheblich gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgegangen — auch die Sozialisten haben ihre Anhängerzahl genau so wie die deutschnationale Wahlgemeinschaft, rund um die Hälfte vermehrt —, während die tschechischen Sozialdemokraten immerhin von 19.000 Wählern des Jahres 1920, diesmal 12.000 festhalten konnten, ist unsere Partei in Ost. vor allem eben als Opfer des nationalen Kampfes und der nationalen Unterdrückung, gewaltig reduziert worden. Die Sekundäre der deutschen Bevölkerung durch die tschechisierenden Kämpfer und Behörden, haben große Teile der Wähler-

schaft den radikalen Parteien in die Arme getrieben, haben die größtenteils aus Beamten und Angestellten, aus „Mittelschichtern“ und Kleinbürgern zusammengesetzte deutsche Bevölkerung Mährisch-Ost. den verantwortungslosen hakenkreuzerischen Demagogon zugeführt. Der tschechische Nationalismus, der sich gerade in Ost. an den deutschen Eisenbahnern in den berühmten Sprachprüfungen auslebt, hat diese Hilflosen und Verwirrten reif gemacht für die La-banque-Politik der deutschnationalen Wähler. Dazu kommt, daß die Wirtschaftlichen Eisenwerke die Wahl- und Geldgemeinschaft entsprechend zu „fördern“ verstanden und ihre Angestellten mit allen Mitteln des Terrors beeinflussten, nationalsozialistisch zu wählen, also ihre Stimmen für die Politik der Bourgeoisie abzugeben. Und zu Werkzeugen der Bourgeoisie wurden auch die Kommunisten, die der Ost. Arbeiterbewegung, insbesondere der ohnehin schwachen deutschen Arbeiterbewegung — Ost. Industrieproletariat ist ja nur zum verschwindenden Teile deutsch — durch ihre skrupellose Dege und Spaltarbeit schwer Abbruch taten. Kleine Wahlspraken, in der bekannten Art, trugen ein Weiteres zu unseren Verlusten bei. Dennoch erscheint es notwendig, daß die Ost. rathaus Genossen prüfen, ob nicht und insoweit, die Schuld an dieser rückläufigen Bewegung auch an uns selber, das heißt an lokalen Verhältnissen in unserer Ost. rathaus Bewegung liegt. Und gleichviel: ob überdies äußere oder innere Gründe an dem für uns unglücklichen Ausfall der Ost. rathaus Wahl schuld sind — hier ist eine Scharte, die unbedingt und mit allen Kräften ausgewetzt werden muß.

schäft den radikalen Parteien in die Arme getrieben, haben die größtenteils aus Beamten und Angestellten, aus „Mittelschichtern“ und Kleinbürgern zusammengesetzte deutsche Bevölkerung Mährisch-Ost. den verantwortungslosen hakenkreuzerischen Demagogon zugeführt. Der tschechische Nationalismus, der sich gerade in Ost. an den deutschen Eisenbahnern in den berühmten Sprachprüfungen auslebt, hat diese Hilflosen und Verwirrten reif gemacht für die La-banque-Politik der deutschnationalen Wähler. Dazu kommt, daß die Wirtschaftlichen Eisenwerke die Wahl- und Geldgemeinschaft entsprechend zu „fördern“ verstanden und ihre Angestellten mit allen Mitteln des Terrors beeinflussten, nationalsozialistisch zu wählen, also ihre Stimmen für die Politik der Bourgeoisie abzugeben. Und zu Werkzeugen der Bourgeoisie wurden auch die Kommunisten, die der Ost. Arbeiterbewegung, insbesondere der ohnehin schwachen deutschen Arbeiterbewegung — Ost. Industrieproletariat ist ja nur zum verschwindenden Teile deutsch — durch ihre skrupellose Dege und Spaltarbeit schwer Abbruch taten. Kleine Wahlspraken, in der bekannten Art, trugen ein Weiteres zu unseren Verlusten bei. Dennoch erscheint es notwendig, daß die Ost. rathaus Genossen prüfen, ob nicht und insoweit, die Schuld an dieser rückläufigen Bewegung auch an uns selber, das heißt an lokalen Verhältnissen in unserer Ost. rathaus Bewegung liegt. Und gleichviel: ob überdies äußere oder innere Gründe an dem für uns unglücklichen Ausfall der Ost. rathaus Wahl schuld sind — hier ist eine Scharte, die unbedingt und mit allen Kräften ausgewetzt werden muß.

Die Bodenreform — ein chauvinistisches Machtinstrument.

Eine dringliche Interpellation der Abgeordneten Genossen Schwelchhart, Leibl und Uhl beschäftigt sich mit dem das Wohl der Bevölkerung schädigenden Vorgehen des Staatsbodenamtes. Der Paragraf 10 des Gesetzes vom 16. April 1910 über die Enteignung des Großgrundbesitzes besagt, daß der Staat den übernommenen Besitz, soweit er ihn nicht für gemeinnützige Zwecke behält, durch das Bodenamt nach und nach an kleinere Landwirte, Händler, Klein-gewerbetreibende, Leute ohne Land, welche ihn bewirtschaften können, dann an Genossenschaften dieser Personen, Wohnlinge, Verbrauch- und landwirtschaftliche Genossenschaften, Gemeinden usw. ins Eigentum oder in Pacht zuteilt. Im vorhergehenden Paragrafen 9 ist ausdrücklich bestimmt, es sei bei der Uebernahme des beschlagnahmten Besitzes in der Weise vorzugehen, daß Personen, für welche auf dem beschlagnahmten Besitz Rechte haften, ebenso Personen, welche gegen den bisherigen Eigentümer ein Recht aus einem Dienst-, Versorgungs- oder

Vertragsverhältnis haben, nicht veräußert werden. In Uebereinstimmung damit wird im Paragraf 14 des Zuteilungsgesetzes vom 30. Jänner 1920 das Bodenamt ausdrücklich beauftragt, so vorzugehen, daß es durch seine Entscheidungen den in diesem Gesetze verfolgten, oben erwähnten Zielen möglichst nahekommt und durch diese Entscheidungen die ordentliche Produktion und das Wohl der Bevölkerung möglichst fördert.

Die Bodenreform in den tschechischen Gebieten ist zum größten Teile bereits durchgeführt und im hiesigen Jahre wurde mit der Uebernahme der Großgrundbesitze in den deutschen Gebieten begonnen. Viele deutsche Kleinbauern und Häusler haben auf die Bodenreform große Hoffnungen gesetzt in der gefühlvoll begründeten Annahme, daß es ihnen möglich sein wird, den für die Existenz ihrer Familie erforderlichen Boden zu erwerben und sich von den Großbauern, welche die Landbevölkerung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch beherrschen, unabhängig zu machen. In den industriearmen Gebieten ist die deutsche Bevölkerung zum großen Teile auf den Ertrag ihrer Pachtwirtschaften angewiesen, was legt, in der Zeit der Krise, um so mehr der Fall ist.

Die Praxis des Bodenamtes sucht jedoch in den deutschen Gebieten dem Zuteilungsverfahren im Sinne des Gesetzes auszuweichen und so die deutschen Bodenbewerber von vornherein auszuscheiden. Die Meierhöfe in den deutschen Gebieten werden an tschechische Kapitalisten zur Gänze „freihändig“ verkauft, um so die deutsche Bevölkerung auf dem Lande von ihnen wirtschaftlich abhängig zu machen. Die Bodenreform hat längst ihren sozialen Charakter eingebüßt und ist ganz offenkundig ein Mittel zur Tschechisierung der deutschen Gebiete geworden.

Die Interpellation enthält eine Zusammenstellung zahlreicher Fälle aus der letzten Zeit, aus welchen diese Praxis des Bodenamtes klar ersichtlich ist.

Aus den angeführten Fällen, die sich beliebig vermehren lassen, geht mit zwingender Logik hervor, daß die eingangs erwähnten Ziele der tschechoslowakischen Bodenreform vom Bodenamt und seinen Organen größtenteils mißachtet werden. Die Bodenreform wurde zu einem unverhüllten Machtinstrument der tschechischen Chauvinisten zum größten Schaden der deutschen Bevölkerung. Wenn Herr Dr. Biskovsky angesichts dieser Tatsachen in der Sitzung des selbstherrlichen Verwaltungsrates des Bodenamtes vom inneren Frieden und von der wirtschaftlichen Demokratie, spricht, so ist er um seine Darstellungskunst zu beneiden.

Andere tschechische Politiker sind freilich anderer Ansicht. So konnten wir jüngst in einem Blatte lesen, daß „Gesetze und Grundzüge dazu da sind, daß nach ihnen vorgegangen wird, und moralisch sie nur Geltung haben, soweit nach ihnen jeder gleich behandelt wird. Sobald das nicht geschieht, gibt es weder Grundzüge, noch Gesetze, sondern es herrscht Opportunismus und Willkür, die davon abhängt, wie lange sich die Betroffenen gefallen lassen. Das gilt in der Bodenreform deshalb mehr als anderwärts, weil durch sie dem einen ein Besitz genommen und dem anderen gegeben wird und weil hier mächtige Verlockungen materieller Vorteile wirksam sind.“

In denselben Blatte wurde der Fall Prasek besprochen, dessen Gut, das 825 Hektar umfaßt, von der Beschlagnahme verschont blieb, obwohl nach dem Gesetz nur Güter bis zum Ausmaße von 500 Hektar von der Beschlagnahme verschont bleiben dürfen, so daß im Falle Prasek das Gesetz verletzt wurde, und weiter heißt es dort:

„Zweifellos werden auch andere Großgrundbesitzer eine ähnliche oder gleiche Benevolenz anstreben, welche das Bodenamt im Falle Prasek bekundet hat. . . . Der Fall Prasek ist ein Verbrechen an der Bodenreform.“

14 Schreckliche Rache.

Von Nikolaj Wassiljewitsch Vogel.
Aus dem Russischen überleht von Bruno Göp.

Da blühen endlich in weiter Ferne Sternentürme auf. Doch das ist nicht Stalien, sondern Schumsk. Betroffen starrte der Zauberer vor sich hin, als er gewahrte, daß er eine falsche Richtung eingeschlagen hatte. Er machte kehrt und sagte nach Nijew zurück. Nach einem Tage tauchte eine Stadt auf, aber es war nicht Nijew, sondern Kalinsk, eine Stadt, die noch weiter von Nijew entfernt ist als Schumsk und schon beinahe an der ungarischen Grenze liegt. Er wußte nicht, was beginnen, wandte von neuem das Pferd aber fühlte wieder, daß er immer weiter in der entgegengesetzten Richtung ritt. Niemand hätte sagen können, was in der Seele des Zauberers vor sich ging; wenn jemand hineingeblickt und gesehen hätte, was dort geschah, er hätte nicht mehr schlafen und niemals mehr lachen können. Es war weder Wut, noch Angst noch wider Grimm. Es gibt kein Wort auf der Welt, mit dem man es hätte bezeichnen können. Es glühte und kochte in ihm, er hätte die ganze Erde von seinen Pferdehufen verstaubt, das ganze Land von Nijew bis Kalinsk mit allen Menschen und allem Vieh mit einem Griffen raden und im Schwarzen Meer ersäulen mögen. Doch nicht aus Wut hätte er das tun mögen, er wußte selbst nicht, was ihn dazu trieb. Er erblickte am ganzen Leibe als nahe vor ihm die Narratten und der hohe Krwan auf-tauchten, dessen Scheitel mit einer grauen Wolke wie mit einer Mütze bedeckt war. Doch das Pferd

jogte immer weiter und weiter und sprengte schon auf die Berge hinauf. Da zerrissen sich die Wolken, und der Ritter zeigte sich ihm in furchtbarer Majestät. . . . Er will kaltmachen, er zieht heftig die Zügel straff; doch das Pferd wiehert wild, wirft den Kopf empor und faust auf den Aimer zu. Dem Zauberer war zumute, als ob alles in ihm erstorben sei. Er glaubte zu gewahren, wie der starke Ritter sich zu regen begann, sah die Augen aufschlagend und, als er den Zauberer so auf sich zuzugelen sah, laut auslachte. Donnernd rollte das wilde Raden über die Berge hin, drohnte im Herzen des Zauberers wider und erschütterte sein ganzes Inneres. Ihm war zumute als sei jemand Uebermächtiges in ihm eingedrungen, wanderte in ihm umher und schlug mit Hämmern auf sein Herz und seine Ader: so furchtbar hallte das Raden in ihm wider.

Da packte der Ritter den Zauberer mit gewaltiger Hand und hob ihn in die Luft. Im Nu war der Zauberer gestorben und öffnete nach seinem Tode die Augen; doch er war schon eine Leiche und schaute wie ein Toter drein. Einen so furchtbaren Blick hat weder ein Lebender noch ein Wiederauferstandener. Er rollte die toten Augen nach allen Seiten und sah, wie sich von Nijew bis nach Kalinsk und bis zu den Karpaten Tote aus ihren Gräbern erhoben, deren Gesichter dem seinen wie ein Tropfen Wasser dem andern gleichen.

Reich und immer bleicher einer immer höher als der andere, einer immer knochiger als der andere, saßen sie sich um den Ritter, der seine furchtbare Beute in der Hand hielt. Noch einmal lachte der Ritter auf und schleuderte sie dann in den Abgrund. Und alle Toten stürzten sich in den Abgrund singen den Leichnam auf und schlugen ihre Zähne in ihn. Es gab noch einen von ihrer

Schar, größer und furchtbarer als sie alle, der wollte sich auch aus der Erde erheben, vermochte es aber nicht, er hatte keine Kraft dazu — so riesengroß war er in der Erde geworden. Wenn er sich erhoben hätte, so hätte er nicht nur die Karpaten, sondern auch das Siebenbürgenland und das Türkenreich zum Umstürzen gebracht. Er regte sich nur ein wenig in seiner Brust — und schon bebte die ganze Erde so stark, daß überall in der Welt viele Häuser einfielen und viele Menschen verchlüht wurden.

In den Karpaten hört man oft ein Ge-pfeife, als wenn tausend Mähen mit ihren Rädern das Wasser aufwühlten: das sind die Toten, die in einem Abgrund aus dem es kein Entweichen gibt, und in den noch kein Mensch hinabgeschaut hat der Leichnam des Zauberers benagen. Ist ist es geschick, daß die Erde von einem Ende der Welt bis zum andern zu bebem beginnt. Die Gelehrten meinen das komme von einem Berge her, der sich irgendwo am Meeresufer befindet und Flammen und brennende Flüsse ausstieße. Die alten Leute aus Ungarn und im galizischen Land wissen es aber besser: sie sagen, der in seiner Erd-gruft zu ungeheurer Größe erwachene Tote wolle sich erheben, und davon bebte die Erde.

In der Stadt Gluchow drängte sich das Volk um einen alten Lautenspieler; schon eine Stunde lang lauschte es dem Spiel des Blinden. So wunderbare Vieber hatte noch kein Lautenspieler gewußt, so schön hatte noch niemals einer gesungen. Unerst lang er von vergangenen Zeiten, von den alten Hetmans, von Sagahatschny und Chmelnizkiy. Das waren andre Zeiten gewesen:

der Ruhm der Kosaken erscholl durchs ganze Land, sie zerstampften die Feinde mit den Hufen ihrer Pferde, und niemand wagte es, sie zu verhöhnen. Aber auch fröhliche Lieder sang der Alte und ließ wie ein Sehender die Augen im Kreise umherwandern; die Finger mit den Knochenstäben folgten wie Fliegen über die Saiten, so daß die Saiten von selbst zu spielen schienen. Und ringsherum stand das Volk, die alten Leute mit geknickten Köpfen, während die Jungen zum Sänger aufstahen und nicht einmal miteinander zu flüstern wagten.

„Bariet.“ sagte der Greis, „ich will euch noch von einer längst vergangenen Geschichte singen.“ Das Volk rüdte noch enger zusammen, und der Blinde begann:

„Zur Zeit Stephans, des Fürsten von Siebenbürgen (der zugleich König der Polen war) lebten zwei Kosaken: Iwan und Pietro. Sie lebten wie zwei Brüder miteinander. „Schau, Iwan, alles, was wir erbeuten, wir wollen es zu gleichen Teilen unter uns teilen: wenn einer eine Freude hat, so soll der andere sie auch haben; wenn einer ein Leid hat, so soll der andere es mit ihm teilen; wenn einer etwas erbeutet, soll der andere die Hälfte erhalten; wenn einer in Gefangenschaft gerät, so soll der andere all sein Gut und Gut verkaufen und das Lösegeld für ihn zahlen, oder, wenn es nicht reicht, sich selbst in Gefangenschaft begeben.“ Und so geschah es denn auch: alles, was die beiden Kosaken erbeuteten, teilten sie untereinander; ob Vieh oder Pferde — alles wurde zu gleichen Teilen geteilt.

(Schluß folgt.)

Hände seiner Feinde fallen sollte, kam mit einem verstaubten Arm davon und Lundenborff — nun, Herr Krebs nennt ihn „den größten Feldherrn der Deutschen“, wie sollte er nicht auf die glänzende Idee einer strategischen Lebensrettung verfallen sein! — legte sich wieder auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Der „Tag“ hat die Gedächtnisartikel nicht sehr gewissenhaft gearbeitet. Er erinnert sich beispielsweise nicht daran, daß er nach dem Busch jenen schönen Abschiedsartikel brachte, in dem Diller mit einer eiteln Primadonna so treffend verglichen wurde. Er spricht zwar von der „Dilatation der Ordnung“, erzählt aber nicht, wie man diese Ordnung zuerst in der Redaktion und Drederei der „Münchener Post“ verwirklichte. Es hätte noch gestreut, ein Bild im „Tag“ zu finden, das die vollständig demolierten Räume des Hauses der Münchener Arbeiter zeigt. Die von den „Befreier“ gestohlenen 20 Hingelder der Sieger des Blattes kann man leider nicht photographisch festhalten. Erfreulich an den Reminiszenzen des „Tag“ bleibt aber das Geständnis des Herrn Krebs:

„Nach (oder vielmehr schon! D. Red.) liegt Novembernebel über der Zukunft der völkischen Bewegung, noch liegt Nacht auf Deutschlands kommender Zeit.“ (Es muß anscheinend auch Nacht sein, wenn Dillers Sterne leuchten!)
„Kein freundlicher Stern weist uns den Weg in die Zukunft.“

Wenn man an die Walschulden der Gelben denkt und noch bedenkt, daß ihnen kein freundlicher Stern am Himmel der Schwerindustrie mehr leuchtet, begreift man ihre Mlagegefänge erst recht. Es will uns kaum fast bedünken, daß in dieser Nacht kein Bräuhaus mehr leuchten wird!

Hinter verschlossenen Türen. Die Kommunisten versammeln sich am liebsten hinter verschlossenen Türen. In Prag hielten sie einen Parteitag ab, zu dem sie den Journalisten der Tagespresse den Zutritt verweigerten. Der Prager bolschewistische Verband veranstaltet für tschechoslowakische Fabrikanten ein Diner und damit man nicht weiß, was er mit ihnen spricht, lädt er die Journalisten nicht ein. Er hat dazu wohl seine Gründe. Daß es anderswo nicht besser ist, beweist eine Nachricht des „Pravo Lidu“ aus Paris. Ein Redakteur des „Petit Quotidien“ schildert die Details eines Gastmahls, das zu Ehren des Sowjetvertreter Kalkowski vom Senator Demonzie gegeben wurde. Der erwähnte Redakteur war zu dem Gastmahl nicht eingeladen worden, es gelang ihm aber dennoch, in den engen Kreis einiger offizieller Persönlichkeiten (Herbette, Rouleus) und der Vertreter großer Pariser Blätter, die gerade nicht als sowjetfreundlich bezeichnet werden können, (Matin, Petit Journal, Petit Parisien, Echo) einzudringen. Der Redakteur schildert den Verlauf des Gastmahls, den Inhalt der Ansprachen und sagt schließlich, daß Kalkowski sehr viel davon gelegen sei. Rußland in den Kreisen, die die Finanzwelt darstellen, Boden zu bereiten. Nur dadurch erklärt er sich die Tatsache, daß zu dem Sowjetvertreter die Blätter des Links-kartells und die sozialistische Presse nicht eingeladen war.

Gegen die täglich steigende Teuerung fand dieser Tage in Kaplitz eine von unserer Parteiorganisation einberufene öffentliche Versammlung statt, in welcher Abgeordneter Genosse Dietl das Referat erstattete. Vor Eingehen in die Tagesordnung wurde durch Erheben von den Seiten das Wohlwollen unserer unvergleichlichen Genossen Ormal geübt. Genosse Dietl erläuterte dann in einem einstündigen ausführlichen Referat die Ursachen der herrschenden Teuerung und verwies auf die verfehlte Volkswirtschaftspolitik der Regierung, welche den Produzenten unannehme Gewinne verschafft und dem Verbraucher zu seiner Familie den Hunger diktiert. Den Ausführungen des Referenten wurde von den Versammelten unter denen sich eine große Anzahl Festbesoldeter befand, lebhaftes Interesse entgegen gebracht und eine Resolution angenommen in der es heißt: Die in Kaplitz tagende Volksversammlung wendet sich mit aller Schärfe gegen die Untätigkeit der Regierung in der Förderung unserer Volkswirtschaft, durch welche die Teuerung sich mit besonderer Schärfe auszuwirken beginnt. Trotz dieser furchtbaren Folgen besteht noch immer die Absicht, wichtige Produkte für den Lebensunterhalt der Bevölkerung mit Schutzzöllen zu versehen, deren Einfuhr zu erschweren und den heimischen Produzenten einen Mehrertrag gegenüber den Weltmarktpreisen zu sichern. Die Teuerung trifft besonders schwer die im feinen Lehn oder Gehalt stehenden Verbraucher, weil diesen die Lebensmittel und dadurch die Lebenshaltung auf normalem Niveau unmöglich ist. Besonders schwer wird von der Teuerung die arbeitende Bevölkerung des Kaplitz Bezirkes getroffen, weil ihr jaumeist in diesem industriearmen Gebiete jede Arbeitsgelegenheit fehlt und sie so dem größten Elend preisgegeben wird. Die Versammlung wendet sich daher mit aller Schärfe gegen jede Schutzpolitik und verlangt außerdem für den Kaplitz Bezirk die Schaffung von ausreichenden Arbeitsstellen um die Folgen der durch die Unterbrechung der Bautätigkeit herrschenden Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Weitere Verhandlungen über die Bierpreise. In dieser Woche wird eine interministerielle Konferenz stattfinden, die sich wieder mit der Frage der Bierpreise befassen soll. Sie wird namentlich das Memorandum des Brauereischutzesverbandes erörtern. Nach Informationen sind die Brauereien entschlossen, für den Fall als die Regierung auf ihrem, im Erlaß über die Maximalpreise ausgedrückten Standpunkt beharrt, zur Reduktion des Betriebes zu schreiten, die allmählich sich vergrößern würde bis zu deren

Gefährdetes Hochschulstudium der Deutschen.

Die staatliche Fürsorge für die deutschen Hochschüler.

Es sei von vornherein festgestellt, daß der Staat auch auf dem Gebiete der sozialen Studentenfürsorge für die Deutschen eine andere Aufgabe hat als für die slawischen Hochschüler, selbst auf diesem rein humanitären Gebiet, wo es gilt, den dürftigen Kopfarbeiternachwuchs zu fördern. Man wende nicht ein, daß sich auch die slawischen Hochschüler über arge Vernachlässigung in einem Memorandum beklagen, denn ihnen werden von der Dotation im Betrage von über vier Millionen Kronen, die das Budget des Ministeriums für Schulwesen für das nächste Jahr für die Hochschüler vorsieht, fast 90 Prozent zugeteilt, während der Rest auf die deutschen Hochschüler entfällt. Die Wirtschaftsstatistik hat ergeben, daß von den Hochschülern nur 20 Prozent den wirtschaftlich kräftigen Kreisen angehören, 50 Prozent dem sogenannten Mittelstand und 30 Prozent dem Proletariat. Speziell sind es die deutschen Studenten aus den Randgebieten, welche auf die Hilfe der sozialen Studentenfürsorge angewiesen sind. Der staatliche Posten von 4.385.000 K gliedert sich in: Subventionen für die Institutionen der sozialen Studentenfürsorge: 1.900.000 K; für Studien- und Wirtschaftsunterstützung von Hochschülern: 1.600.000 K; für die hochschulstudierenden Legionäre: 120.000 K und für Rigorosen: 420.000 K, in Summa 4.040.000 K. Der für die Zwecke deutscher Hochschulen bestimmte Anteil ist nur im ersten Posten genau feststellbar. Er betrug im Jahre 1924 an Subventionen an die Prager Studentenheimgesellschaft 80.000 K, an den Verein Deutsche Studentenfürsorge 80.000 K, für die Studentenfürsorge an der Brünerer Technik 60.000 K, insgesamt 220.000 K, somit nur 11,6 Prozent. Bedenken wir, daß das Ministerium des Reiches an der Aktion für die russischen und ukrainischen Emigranten an siebentaufend Ausländer Monatsunterstützungen von je 500 K leistet (rund 42 Millionen Kronen jährlich), so ergibt der bloße Vergleich der Zahlen, wie schlecht unsere einheimischen Hochschüler gestellt sind, von denen viele kein Nachtlager haben, kaum einmal täglich warm essen, kurz dem größten Elend preisgegeben sind. Die beiden Studentwohnhäuser (mit fast 500 Wohnplätzen) und die deutsche Studententüche (mit etwa tausend Mittagessen täglich) müssen durch Sammel- und Organisationsarbeit

erhalten werden. Es wird endlich Sache der Regierung sein, auch den deutschen Studenten gegenüber ihre Pflicht zu tun durch Erhöhung der für die deutschen Hochschüler bestimmten Quote, Ausbau der studentischen Gesundheitspflege, Freiplätze für tuberkulöse Hochschüler, billige Lebensmittelversorgung der Studententüche usw.

Dr. W. K.

Drohnungen des Hochschulbetriebs.

Wir erhalten folgende Mitteilungen: Im Voranschlag des Schulministeriums für das Jahr 1925 sind für die Prager deutsche Universität und die drei tschechischen Universitäten in Prag, Brünn und Bregburg insgesamt 43.263.302 K vorgesehen; auf die deutsche entfallen 12.186.412 K, davon 5.792.453 K für die medizinische Fakultät. Letzterer Betrag ist für den Personalaufwand mit 2.784.727 K für den ordentlichen und 9.190.160 K für den außerordentlichen und mit 2.098.566 K für den Sachaufwand (Dotationen für Lehrmittel und Extradotationen) bestimmt. Im nächsten Budget sollen die außerordentlichen Dotationen für Lehrmittel ausfallen, es soll gespart werden. Was das bedeutet, erhellt aus einem einfachen Beispiel. Die ordentliche Dotation eines Institutes beträgt 12.000 K und 20.000 K für die Extradotation, welche letztere entfallen soll. Das bedeutet die Reduzierung der Dotation, die dann kaum für den Tagesbedarf (z. B. Versuchstiere, Futter für sie, Instrumente, Chemikalien) reichen dürfte. Das bedeutet den Verzicht auf Fachzeitschriften, auf Büchereuananschaffungen, das bedeutet Lücken in den Büchereien, Stillstand und damit Rückstand im Forschungsbetriebe. Was bliebe übrig? Zum mindestens müßten die Bibliotheksrechnungen auf den Staat, eventuell auf die Rodefeller-Foundation abgewälzt werden können. Oder sollten in den Hörsälen der medizinischen Fakultät nach dem Vorbilde der von der Direktion des Allgemeinen Krankenhauses in Prag in den Ambulatorien aufgestellten „Sammelbüchsen für milde Gaben zum Betriebe“ solche auch für die notleidenden wissenschaftlichen Institute angebracht werden? Hoffentlich werden die Extradotationen belassen und ein Kulturskandal vermieden.

größter Einschränkung. Das Versorgungsministerium beharrt auf seinem Standpunkt und begründet ihn damit, daß die von den Brauereien vorgelegten Kalkulationen der Wirtschaftlichkeit nicht entsprechen. Es wird namentlich darauf hingewiesen, daß die Brauereien in ihren Kalkulationen ausschließlich mit der Gerste rechnen, obwohl sie statt Gerste häufig auch Bruchreis verwenden, der viel billiger ist. Die Konferenz im Versorgungsministerium am Freitag wird eigentlich nur der Lösung der Frage gelten, wer verpflichtet sei, die 8 K Gemeindeumlage zu zahlen, die im Erlaß über die Maximalpreise nicht verteilt wurde. Das Ministerium wird den Vorschlag machen, daß diese Gemeindeumlage zur Hälfte von den Gastwirten, zur anderen Hälfte (also je 4 K) von den Brauereien gezahlt werde.

Ein großer Stern- und Edelstein Diebstahl in Troppau. Am Samstag abends entwendete ein bisher unbekannter Täter aus der Haupttrasse in Troppau ein Stempel im Gesamtwerte von 13.190 K. Die Verkäuferin in der Haupttrasse brachte am Nachmittag Stempel vom Verlag der Finanzdirektion und legte sie in ein Buch, welches gewöhnlich am Verkaufspulte liegen bleibt. Als sie am Abend die Lösung zahlte, bemerkte sie den Abgang des Buches samt den Stempeln. Sie kann nichts Näheres über den mutmaßlichen Täter angeben, da in der kritischen Zeit in der Trasse viele Kunden anwesend waren. Auch die sofort eingeleiteten Erhebungen blieben bisher erfolglos.

Zwei Kinder verbrannt. In der Ortschaft Wetzina bei Brünn ereignete sich ein gräßliches Unglück, dem zwei Kinder zum Opfer fielen. Die Frau des Arbeiters Jalesch ging früh zur Arbeit und ließ ihr siebenjähriges Söhnchen Anton und die fünfjährige Vida im verperrten Zimmer zurück. Aus bisher unbekannter Ursache brach im Zimmer ein Feuer aus. Die Kinder konnten weder das hochgelegene Fenster erreichen, noch das verperrte Zimmer verlassen. Ihr Ruf wurde nicht gehört, und unter furchtbaren Schmerzen verbrannten die Aermsten die Nachbarn, die schließlich durch den Brandgeruch aufmerksam wurden, fanden nur mehr die verkohlten Leichen vor.

Schweres Jagdunfall. Der 24jährige Landwirt Wilhelm Konwalina und der Schmiedemeister von Lippitz in Südmähren gingen Montag abends zusammen gegen Einbruch der Dämmerung auf den Anstand. Durch einen unglücklichen Zufall nun ging plötzlich das Gewehr des Schmiedemeisters los und die ganze Ladung drang dem Konwalina in den Kopf, zwischen die Rippen und in die Hand. Er erlitt blutüberströmte Wunden.

Nicht aus der fahrenden Elektrischen abspringen! In der Böhmischesprache in Prag VII sprang Sonntag vor 7 Uhr abends die Schülerin Hoffmann an vom fahrenden Motorwagen der Sirede 2 und erlitt eine Gehirnerschütterung. Die 64jährige Gudmilla Genert, welche das Mädchen begleitete, fiel in Ohnmacht und verlor sich blutig im Gesicht. Auf dem Wenzelsplatz in Prag geriet gestern die Beamtenfrau Anna Löbl unter einen Motorwagen der Straßenbahn und erlitt schwere Verletzungen.

Die öffentliche Ziehung der fünften Klasse der ersten Klassenlotterie beginnt am 17. November 1924 um 8 Uhr früh im Ziehungslokal der Lotteriedirektion

in Prag, Rozi nam. Nr. 4. Die weiteren Ziehungen dieser Klasse werden am 18., 19., 20., 21., 22., 24., 25., 26., 27., 28., 29. November 1924 und 1., 2., 3., 4., 5., 6., 9., 10. und 17. Dezember 1924 ebenfalls stets um 8 Uhr früh abgehalten werden. Ausgelost werden in dieser Klasse 42 Grundzahlen, 92.400 Gewinne und sechs Prämien im Gesamtbetrag von 30.592.800 K, und zwar die Prämien 20.000 K, 40.000 K, 60.000 K, 80.000 K, 100.000 K und 700.000 K. Die ersten fünf Prämien werden am 22., 26., 29. November und 3. und 6. Dezember 1924 ausgelost; dieselbe fällt stets auf den letzten, an dem festgesetzten Tage ausgelosten Gewinn. Aus größeren Gewinnen werden ausgelost 300.000 K, 200.000 K, 100.000 K, 90.000 K, 80.000 K usw. Am 15. November um 5 Uhr nachmittags wird die öffentliche Ziehung des Nennungslooses mit den Gewinnen vorgenommen werden.

Was „Er“ und die Seinen gekostet haben. Gegenüber den Versuchen der „nationalen“ Parteien, den Monarchismus in Deutschland wiederherzustellen, ist es nützlich daran zu erinnern, was dem deutschen Volk die Erhaltung der Parasiten auf den verabschiedeten Landeskrone gekostet hat. Nehmen wir zum Beispiel die Hohenzollernfamilie, die vor dem Abzuge aus 31 Köpfen besteht. Ihr wurden als Zahlungsvergütung und Anapogen alle Vierteljahr folgende Summen, wie Abbuch: von Reil in der „Weltbühne“ feststellt, ausbezahlt:

	Mark
1. der Kaiser (monatlich im voraus)	440.000
2. die Kaiserin (vierteljährlich im voraus)	52.500
3-10. Kronprinz und Kinder	213.460
11. Eitel Friedrich	107.750
12-13. Albrecht und Kinder	90.945
14-15. August Wilhelm und Kind	82.800
16. Oskar	42.500
17-18. Joachim und Kinder	77.975
19. Heinrich	85.083
20. Waldemar	15.000
21. Sigismund	12.000
22. Friedrich Leopold	7.500
23-24. Friedrich Sigismund und Kinder	9.000
25. Friedrich Leopold und Sohn	7.500
26. Friedrich Heinrich	7.500
27. Joachim Albrecht	7.500
28-31. Friedrich Wilhelm und Kinder	15.000

Das macht insgesamt pro Vierteljahr 1.274.490 Mark oder pro Jahr 5.097.960 Mark. Außerdem hatte die Hohenzollernfamilie aber noch beträchtliche Einnahmen aus anderen Quellen, besonders aus dem Privatvermögen. Es ist also erklärlich, daß die Hohenzollern, wenn sie schon nicht regieren sollen, so doch den Versuch unternehmen, auf dem Wege der „Abfindung“ das Volk auch fernerhin auszukugeln. Schließlich darf man nicht vergessen, daß es in Deutschland neben Preußen noch ein paar Duzend „angestammter“ Dynastien gab, die gleichfalls reich erhebliche Einkünfte bezogen.

Man kennt den „größten Feldherrn“ der Deutschen nicht mehr. Nach Meldungen aus München haben sich die dortigen Offiziersvereine der Ab-

gabe der 27 Generale an Ludendorff angeschlossen, so daß er jetzt völlig isoliert ist und von seinen Standesgenossen boykottiert ist. — Durch die deutsche Bruderpresse geht im Zusammenhange mit diesen Abtrüben der Generale von ihrem einzigen Feldherrn folgende Ankündigung: „Vor einigen Tagen abends sahen in München in einem Weinrestaurant zwei Deutschnationale, davon der eine Herr M u m m, M. d. R. a. D. o. D. m. J. (Mitglied des Reichstags außer Dienst ohne Diäten mit Freifahrkarte) war. Da öffnete sich die Tür und herein trat — Boruch habob, der General is do — Herr Ludendorff, 21.000-Goldmark-Pensionär der deutschen Republik. Tief senkt sich das gottsbändige Antlitz Mummus in die in Händen gehaltene Zeitung, auf daß er den Rat malheros nicht zu grüßen brauche. Und auch Mummus Tischgenosse tat nichts dergleichen. Ludendorff ging ins Nebenzimmer und speiste dortselbst in splendidisofat on. Derweil unterhielt sich Mumm und der Nebenmann lachend über allerhand, auch über Völkisches. Nach einer halben Stunde fragten Mumm'ses erdigen strammes Schrittes Herr Ludendorff wieder, der Tür zerschreitend. Und auch diesmal wurde er nicht von den zwei deutschen Männern nicht bemerkt.“ So vergeht die Herrlichkeit der Welt.

„Kulturarbeit“ des Jungdo. In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde in das Hersfelder Bethaus eingeschoben und die Wände zertrümmert, um in das Innere der Synagoge zu gelangen. Es wurden kostbare Dedekentwendet und großer Schaden durch Zerstörung eines Teils der Jüden-einrichtung angerichtet. Die Dedek wurden in die Fulda geworfen, woraus sofort zu erkennen war, daß die Tat aus politischen Beweggründen erfolgt ist. Diese Annahme fand ihre Bestätigung, denn es stellte sich heraus, daß die Täter Mitglieder des Jungdeutschen Ordens waren. Festgestellt wurden der Bankbeamte Thiemew, ein gewisser Göbe, ein gewisser Reinmüller, sowie ein Ingenieur Götting.

Streit um Sienkiewics „Quo vadis“. Die polnischen Behörden in Warschau haben vor kurzem das Abkürzen des italienischen Monumentalfilms „Quo Vadis“ in den Warschauer Kinos-theatern verboten. Da die Erben Sienkiewics Honoraransprüche an die italienische Filmgesellschaft erhoben haben. Im Zusammenhang damit ist in Warschau ein Vertreter der italienischen Filmgesellschaft Unione Cinematografica Italiano eingetroffen, welcher den Beweis erbracht, daß der verstorbene Dichter Sienkiewics das Aufführungsrecht des „Quo Vadis“ an die Firma noch in Kriege um den Betrag von 500 Franks verkauft habe. Der Vertreter der italienischen Filmgesellschaft bietet nunmehr den Erben eine Entschädigung von 20.000 Dollars an, die Familie des Dichters fordert jedoch 50.000 Dollars.

Furchtbares Auounglück bei Graz. Am Montag vormittags wollte ein Lastauto, in dem sich 22 Personen befanden, die zu einer Versammlung nach Graz fuhren, auf der Bundesstraße bei Beggau einem Personenauto ausweichen und stürzte dabei über die steile Straßenböschung, die zur Murr hinabführt, ab, wobei es sich mehreremale überschlug. Drei Personen wurden getötet, 15 schwer und drei leicht verletzt. Unter den Getöteten befindet sich der Obmann des steirischen Bauernbundes, Bundesrat Lanner.

Ein neues Nordwerkzeug. Nach einer Meldung der römischen „Tribuna“ fanden bei Speise-Versuche mit einem durch elektrische Wellen gelenkten Fahrzeug statt. Der Apparat, den der italienische Ingenieur Fiamma konstruiert hat, kam von einem Schiff oder Flugzeug aus, das sich außerhalb der Tragweite der feindlichen Artillerie hält, gelenkt werden. Die Versuche, die in Gegenwart der italienischen Marinebehörden gemacht wurden, sollen trotz Ausdehnung störender Wellen von Seite der in der Nähe gelegenen Schiffe sehr gut gelungen sein.

Hungerstreik von Auswanderern. Schon über Jahresfrist warten 235 russische Auswanderer in Cherbourg auf eine Möglichkeit einer Weiterreise nach Amerika. Eine französische Schiffahrtsgesellschaft hatte den Deuten die Ausreise zugesichert, will sich jetzt aber nicht um sie kümmern. Es sind nun Paß- und materielle Schwierigkeiten hinzugetreten, die sich schon ein ganzes Jahr hinziehen. Um das Interesse der Deutschnationalen auf sich zu ziehen, haben die Auswanderer beschlossen, in den Hungerstreik zu treten. Der Konflikt ereigt in ganz Frankreich beträchtliches Aufsehen.

Ein Flugzeugmutter-schiff. „Dany Chronicle“ zufolge ist in Aeron (Ohio) ein Flugzeugmutter-schiff im Bau, das eine Anzahl kleinerer Flugzeuge an Bord nehmen und sie starten lassen kann, während es sich in der Luft befindet.

Ein unglückliches Indigenenurteil. Seit mehr als 25 Jahren sitzt im Justizhaus zu Craillheim (Schwaben) der noch verhältnismäßig rüstige Maurer Johann Berchtold, der seinerzeit vom Schwurgericht München zu dreifacher Todesstrafe verurteilt worden war, weil er auf der Kaiserstraße eine höhere Beamtenwitwe, deren Tochter und Dienstmädchen ermordet und beraubt haben soll. Berchtold, der bis zum heutigen Tage seine Unschuld beteuert, und der auf Grund eines Indigenenurteiles verurteilt und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war, behauptet, das Opfer eines Justizirrtums zu sein. Nachdem sich bereits der bayerische Landtag über zwei Jahren ergebnislos mit einem Begnadigungsgesuch beschäftigt hatte, hat nunmehr die Tochter des Verurteilten ein neues Gesuch um Begnadigung ihres Vaters an den Landtag gerichtet.

Feldsturz an einem Schweizer See. Samstag abend ereignete sich am Südufer des Valen-

Niesentwaldbrände in den Vereinigten Staaten. Nach Blättermeldungen aus New York sind in den Staaten Massachusetts, New York und New Jersey umfangreiche Waldbrände ausgebrochen, die sich nach Süden bis Maryland und nach Westen bis Kentucky ausbreiten und erheblichen Sachschaden an den Holzbeständen anrichten.

Wetterübersicht vom 10. November. Mitteleuropa steht vorwiegend unter dem Einflusse des Hochdruckgebietes, das sich von Südschweden nach Rumänien erstreckt. Es herrscht daher heiteres Wetter mit Südwestwinden. Seit Sonntag vormittags ist in Böhmen eine leichte Erwärmung eingetreten. Die Tagesmaxima stehen wiederum über 5 Grad Celsius und in der Nacht auf Montag sank die Temperatur nur in Nordböhmen unter 2 Grad Celsius. Im Osten des Staates haben sich dagegen die Nachfröste verschärft (Prerau 6 Grad Celsius, Zipsjer Neudorf 8 Grad Celsius. - Wahrscheinliches Wetter von heute: Vorwiegend heiter bis wechselnd bewölkt, Frühnebel, Zunahme der Tagestemperaturen.

Gerichtssaal.

Verleumdungen gegen den früheren Minister Herrmann.

Vor dem großen Schöffengericht in Weimar begann am Donnerstag der Prozeß gegen den früheren Thüringischen Innenminister Herrmann und seinen Gehilfen Kunze. Dem ersten Angeklagten werden Unterschlagung staatlicher Gelder, d. h. ihre Verwendung zu anderen als den vorgeschriebenen Zwecken, vor allem zum Ankauf von Waffen, angeblich zum Nachteil des Landes, und unberechtigte Verfügung über staatliche Mittel zur Last gelegt. Dabei soll ihm Kunze behilflich gewesen sein. Genosse Herrmann legte in einstündiger Rede seinen Standpunkt zur Anklage dar. Er wies dabei nach, daß die beanstandeten Zahlungen an den früheren Regierungsrat Kopf nur den Gepflogenheiten entsprachen, die vor und nach seiner Amtszeit geübt wurden. Wenn Kopf nachgefragt worden sei, aus der Landespolizei auszuscheiden, und ihm nach Verständigung im Kabinett das Gehalt noch eine Zeit lang weiter bezahlt wurde, so sei das der gleiche Vorgang gewesen, der sich unter den Regierungen Paulsen-Frölich-Brandenstein und Leupelher-Sattler mit Müller-Brandenburg abgespielt habe. Dieses Verfahren stelle durchaus kein Novum dar. Für die Regierung und für ihn als Innenminister seien nur Zweckmäßigkeitsgründe in Frage gekommen. Finanziell habe sich seine Mahnahme sogar zu Gunsten des Landes ausgewirkt, da Wohnungen frei wurden und dadurch Wohnungszuschüsse an Beamte in Fortfall kamen. Eine Vergütung an Kopf nach seinem Ausscheiden sei erfolgt, weil er für die Regierung einen Entwurf eines Landespolizeigesetzes ausgearbeitet habe. Zu dem Punkt der Anklage, der Herrmann die Verwendung staatlicher Gelder zu nichtvorgesehenen Zwecken vorwirft, wies der Angeklagte auf die Zustände hin, die Ende des Jahres 1922 und im Jahre 1923 herrschten. Er erinnerte an den Vorfall in Austra, an die Verhaftung von Nationalsozialisten in Weida und die Waffendiebstähle in Jella-Mehlis und Euth. Damals sei das Bestreben gewesen, alle Waffen, die sich in der Bevölkerung befanden, in die Hand des Staates zu bekommen und eine Kontrolle über die Herstellung der Waffen auszuüben. Mit der Polizei sei das nicht möglich gewesen. Das Herausziehen der Waffen aus der Bevölkerung konnte nur durch Aufruf erfolgen. Darüber sei auch die Reichsregierung mündlich und schriftlich eingehend unterrichtet worden. Die Reichsregierung habe sich sogar nicht abgeneigt gezeigt, Mittel zur Verfügung zu stellen. Bei den unruhigen Zuständen sei auch eine Verstärkung der Polizei nötig gewesen. Das ist aber von der Reichsregierung infolge der von der Entente verhängten Sperre nicht gestattet worden, so daß die Thüringische Landespolizei zeitweise statt der staatsmäßigen Stärke von 1200 Mann nur 6 bis 800 Beamte umfasse. Auch die Ausrüstung der Beamten sei sehr mangelhaft gewesen. Er habe es als seine Pflicht betrachtet, den Sicherheitskörper des Landes so zu stärken, daß er der Regierung eine Beherrschung des Landes ermögliche. Als völlig abwegig bezeichnete Herrmann die Darstellung, als ob er der kommunistischen Partei habe Waffen zukommen lassen. Auch in den Tagen, wo die Kommunisten in der Regierung saßen, habe er diesen Auskunft über die Zahl der Waffen und den Ort ihrer Verwahrung abgelehnt. Das habe er ausdrücklich in einer Kabinettsitzung erklärt, worauf die kommunistischen Minister die Sitzung verlassen hätten. Die Anklage, so meinte Genosse Herrmann schließlich, rede nur von Nachteilen, die er dem Lande Thüringen zugefügt habe; die Vorteile seiner Tätigkeit für das Land hätten aber bei weitem überwiegen.

Genosse Kunze äußerte sich nur kurz und betonte die Angaben und die Auffassung Herrmanns. Die Waffenaufkäufe habe er als legal betrachtet, zumal der Chef der Landespolizei sie dienstlich ausgesprochen habe. Auch die daraus vernommenen Zeugen, Kreiskommissar Kuenzer-Beilin, Minister Stolze-Weimar und Genosse Fröhlich gaben eine volle Bestätigung dessen, was Herrmann vorgezogen hatte. Während eines Teiles ihrer Aussagen wurde die Öffentlichkeit mehrfach ausgeschlossen. - Wir werden über das Urteil berichten.

Horty-Justiz.

Anhören einer Wahlrede - vier Monate Gefängnis.

In der ungarischen Öffentlichkeit erregt eine über den Debrecziner Universitätsprofessor und gewesenen reformierten (kalvinistischen) Seelsorger Eugen Jovanyi verhängte viermonatliche Polizeihaft das größte Aufsehen. Jovanyi ist der bedeutendste kalvinistische Kirchenhistoriker Ungarns, der zehn Jahre hindurch der erste Seelsorger in Klausenburg war, später Professor an der theologischen Hochschule in Szarospatak wurde, und als in Debreczin an der Universität eine theologische Fakultät errichtet wurde, ist er noch unter der Ministerpräsidentenschaft Liszts zum Professor der Kirchengeschichte ernannt worden. Während der Karolyi-Revolution hielt er in einer Lehrerversammlung eine Rede, in der er für die Trennung der Schule von der Kirche eintrat und die Forderung aufstellte, daß der Religionsunterricht außerhalb der Schule erteilt werde. Wegen dieser Rede wurde er zu einem Jahr und acht Monaten schweren Kerkers verurteilt, welche Strafe der alte Mann auch abbüßte. Bevor er seine Haft antrat, wurde er wegen angeblicher Fluchtgefahr unter Polizeiaufsicht gestellt, von der er, nachdem er die Strafe abgebußt hatte, annahm, daß sie erloschen sei, denn eine Fluchtgefahr bestand nach der Abbüßung der Strafe ja nicht mehr. Diejenigen, die unter Polizeiaufsicht gestellt sind, und deren Zahl beträgt noch immer viele Tausende, dürfen in Ungarn keine politischen Versammlungen besuchen. Im Jahre 1922, während der Wahlen zur Nationalversammlung, erschien nun Jovanyi bei der Programmrede des demokratischen Kandidaten Hegymegi-Risz, für dessen „umstürzlerische“ Gesinnungen es übrigens bezeichnend ist, daß er der Privatseelsorger des Sohnes des Grafen Stephan Liszta war. Wegen der Anführung dieser Rede wurde der bejahrte Gelehrte zu vier Monaten Gefängnis verurteilt! Da es gegen die Strafe eine Berufung nicht gab, reichte er an den Minister des Innern ein Gnabengesuch ein, das an den Reichsverweser weitergeleitet werden sollte, in dem er anführte, daß er nach der Abbüßung seiner Gefängnisstrafe im guten Glauben annehmen konnte, daß die Polizeiaufsicht erloschen ist, und mit der Berufung darauf und sein hohes Alter, seine wissenschaftlichen Leistungen und seine im Gefängnis untergrabene Gesundheit ersucht er um Nachlassung der neuen Gefängnisstrafe. Der Minister des Innern Rakosch wies aber das Gesuch mit der Begründung ab, daß es ungeeignet ist, dem Reichsverweser Horty vorgelegt zu werden und wies die Polizeibehörde von Debreczin an, daß sie Professor Jovanyi in Haft nehme. Dieser Skandalöse Vorfalle, wo jemand wegen Anführung einer von der Horty-Polizei zugelassenen und von der Justiz nicht beanstandeten Rede zu vier Monaten Gefängnis verurteilt wurde, zeigt wieder einmal, wie es mit dem Abbau des weißen Terrors bestellt ist, womit Graf Bethlen bei seinen Ausflügen ins Ausland so viel renommiert.

Vom täglichen Schlachtfeld der Arbeit.

Auf dem Abraumbetriebe der Königsberger Kohlen- und Braunkohlengruben in Königsberg steht ein Löffelbagger in Verwendung. Rudolf Partl aus Unterschönreuth stand hierbei als Baggermeister. Franz Reichnauer aus Boden als Heizer und Anton Scherbaum als Löffelführer in Dienst. Als am 28. November 1923 ein Baggerzug ausgefahren war, stieg Anton Scherbaum auf die Löffelmasthöhe und nahm dort eine Reparatur durch Anziehen der Maschinenlager vor. Indessen fuhr der Baggerzug wieder ein und Partl verständigte Scherbaum, daß die Maschine wieder in Gang gesetzt werden solle schnell herunterkommen. Scherbaum antwortete mit ja, packte sein Werkzeug zusammen und stieg von der Maschine herunter. Währendem hatte Reichnauer das Ventil geöffnet, der Löffelbagger setzte sich in Bewegung. Die Kurbelstange traf da Scherbaum am linken Fuß und zerbrach diesen.

Nach Ansicht des Revierbergamtes Karlsbad traf an dem Unfälle außer Anton Scherbaum selbst auch Rudolf Partl und Franz Reichnauer ein Verschulden, so daß letztere beide wegen Uebertretung gegen die Sicherheit des Lebens vor Gericht gestellt wurden. Das Gericht kam nach durchgeführter Verhandlung zu einem Freispruch der beiden Angeklagten.

Eine blutige Kirchweih.

Eger, 7. November. Am 7. September 1924 war in Ursprung Kirchweihfest, das natürlich tüchtig bei Alkohol gefeiert wurde und zu dem auch Gäste aus dem benachbarten Graslitz gekommen waren. Einer dieser Graslitzer Gäste, Josef Unger, war nach Mitternacht betrunken, daß er auf einem Misthaufen liegen blieb. Der Geigenhalsantzer Josef Fischer aus Ursprung hob den Betrunkenen auf, stellte ihn an die Wand und der Geigenmacherlehrling Robert Lang aus Ursprung redete dem Betrunkenen zu weiterzugehen, erhielt aber für seinen Ratsschlag von dem Betrunkenen einen Fußtritt auf das Schienbein. Als der hinzugekommene Josef Lorenz mit dem Betrunkenen sprach, stürzte sich dieser auf ihn, zerriß ihm das Hemd und zerriß auch der hinzugeeilten Frau des Lorenz die Kleidung. Hinzugekommene Zeugen sahen noch, wie der betrunkene Unger in das Haus des Lorenz hinein und gegen diesen losgehen wollte. Unger erhielt dafür von dem hinzugekommenen Karl Böschmann aus Graslitz ein paar Ohrfeigen. Böschmann forderte Unger auf, mit nach Hause zu gehen. Unger ging auch mit, erhielt aber von dem in seiner Gesellschaft befindlichen Edward Sandner, an den er angestossen war, nach einigen Schritten abermals ein paar Ohrfeigen. Sandner ging dann schief voraus. Unger folgte ihm, zog im Weitergehen sein Taschentuch und rannte dieselbe dem Sandner, als er sich einmal umdrehte, ins Gesicht. An der Straßentrümmung

standen dann fünf bis sechs Burschen, die mit Knütteln den Unger über den Kopf schlugen, so daß er bewußtlos zusammensank. Die Schlägen waren auch noch auf den bereits am Boden Liegenden weiter ein. Während dieses Vorfalles standen Böschmann und Sandner abseits und Böschmann leuchtete Sandner ins Gesicht, um zu sehen, wo er gestochen sei. Einer der Burschen kam auf sie zu und rief: „Da ist auch noch ein Graslitzer, schlagen wir ihn zusammen.“ Er schlug dann gleich mit seinem Knüttel gegen den Kopf des Böschmann, der den Hieb mit seinem Arm parierte.

Josef Unger blieb ohne Hilfe bewußtlos am Orte des Ueberfalles bis zum Morgen liegen und wurde erst durch die Gendarmrie in das Krankenhaus nach Graslitz überführt, wo er seinen Verletzungen am 9. Dezember erlag. Der Tod war infolge Schädelbruches und Blutung aus dem Gehirnbasisarterien eingetreten.

Als an dem Ueberfalle beteiligt wurden außer den bereits genannten Josef Fischer und Robert Lang noch der Geigenmacher Willibald Schuster, 1903 geboren, und der Wirbeldressler Richard Jung-hans, sämtliche in Ursprung, ausgeforscht.

Da sich nicht erweisen läßt, wer den tödlichen Schlag gegen Unger führte, wurde gegen alle vier die Anklage wegen Verbrechen der schweren Körperverletzung erhoben. Robert Lang und Willibald Schuster gestehen zu, mit Faustschlägen den Unger geschlagen zu haben, während Jung-hans und Fischer dies leugnen.

Nach durchgeführtem Beweisverfahren erkannte das Gericht Robert Lang, Willibald Schuster und Richard Jung-hans im Sinne der Anklage schuldig und verurteilte sie zu je acht Monaten schweren Kerker bedingt mit einer Bewährungsfrist von drei Jahren. Josef Fischer wurde von der Anklage freigesprochen.

Ein ungetreuer Amtswalter der Invaliden.

Wegen Verbrechen der Betrügerei und Uebertretung des Betrugs hatte sich der Koch Peter Edl in Karlsbad vor dem Kreisgericht zu verantworten.

Edl hatte als Schriftführer der Organisation der Kriegsverletzten, Witwen und Waisen, Bezirksleitung Petchau, Reichsschutzmärkten und Kalender zum Verschleiß übernommen, den Erlös von 98 K oder für sich behalten. Weiters leitete er zu Gunsten eines Kriegsinvaliden eine Sammlung ein, behielt auch dieses Ergebnis von 130 K für sich. Er behauptet allerdings, diesen Betrag in einem einfachen Briefe dem Invaliden mit der Post zugesandt zu haben. Schließlich führte er zu einer Weihenachtbesprechung 1923 eine Sammlung durch, verschwieg dem Ausschusse die Sammlung und behielt den Ertrag von 70 K für sich.

Das Gericht erkannte Peter Edl statt des Verbrechen nur der Uebertretung schuldig und verurteilte ihn zu vier Wochen Arrest unbedingt.

Volkswirtschaft.

Index der Kleinhandelspreise.

Die Kleinhandelsindizes der wichtigsten Lebensbedürfnisse betragen in der mittleren Woche des Oktober L. J. in der Gruppe 1 (Tagesbedürfnisse, namentlich Nahrungsmittel) 916 gegen 908 und 897 in den beiden vorangegangenen Monaten und in der Gruppe 2 (Textilstoffe, Schuhe und Herrenhüte) 1069 gegen 1062 und 1053. Das Wachstum der Teuerung währt also fort. Sie beträgt bei Zugrundelegung der Preise vom Vormonat bei der Gruppe 1 plus 0.8 Prozent, bei der Gruppe 2 plus 0.3 Prozent. Von den in der Gruppe 1 enthaltenen Waren verteuerte sich Brotmehl um 14.8, Eier um 11.2, Getreidekaffee um 7.5, Weizenmehl um 6, Rindfleisch um 2.2, Fett um 2.1, Butter um 2, Schweinefleisch um 0.6, Salami um 0.5, ebenso Brennholz um 0.5 Prozent. Im Preise gesunken sind bloß in Anpassung der Saison Kartoffel und Kraut, beide um 15 Prozent. Die Preise haben nicht oder nur unbedeutend verändert Hülsenfrüchte, Rohle und Petroleum. In der Gruppe 2 verteuerten sich Schuhe um 0.6 und Hüte um 1.1 Prozent, Textilstoffe haben im Durchschnitt ihre Preise nicht verändert.

Die deutsch-französischen Zollverhandlungen.

Die in Paris wieder aufgenommenen Handelsvertragsverhandlungen werden insbesondere durch die Verschärfung der Handelsvertrags- und Zollpolitik Deutschlands und Frankreichs bestimmt. Deutschland steht auf dem Boden der Meistbegünstigung und kann Zollbindungen, d. h. Abweichungen vom autonomen Zolltarif gewähren. Frankreich kennt das Meistbegünstigungsprinzip nicht, sondern nur den Minimal- und Maximaltarif. Der letztere wird als Generaltarif bezeichnet. Es ist jedoch in der Lage, für eine Reihe von Waren den günstigeren Tarif oder einen Zwischentarif zwischen Minimal- und Generaltarif einzuräumen.

Das Ziel der deutschen Verhandlungen ging dahin, für die Meistbegünstigung an Frankreich die tatsächliche, wenn auch nicht formelle Meistbegünstigung von ihm für alle Waren unserer Exportwirtschaft einzuräumen. Im Grunde genommen läuft der Wunsch auf Ausgleiche der beiderseitigen Vorteile und Verständnisse hinaus. Die vor Wochen abgehaltene Generaldiskussion ergab dann auch folgende Einigung: Deutschland wird Frankreich die allgemeine Meistbegünstigung zugestehen, ferner für

gewisse französische Erzeugnisse vertragliche Verabstufung oder Bindungen seiner Tarife und, falls die Einfuhrfreiheit nicht hergestellt werden kann, Kontingente für die Einfuhr französischer Waren nach Deutschland einräumen. Dafür gewährt Frankreich den Minimaltarif in allen Fällen, wo die Bedingungen der Erzeugung und des Marktes dem nicht entgegenstehen. Ist das aber der Fall, dann soll nach der Billigkeit, die den von Deutschland zugestandenen Vorteilen und Zugeständnissen entspricht, verfahren werden. Die Formel sieht also bei Frankreich ein Äquivalent für die von Deutschland gewährte Meistbegünstigung vor.

Die Unterbrechung der Verhandlungen bis zum 5. November 1924 war nur der Feststellung dessen gewidmet, was nun Äquivalent sein soll. Die deutsche Delegation hat sich auf die Zusammenstellung deutscher Waren (z. B. Datteln, Korinthen usw.) beschränkt, für die auf Einräumung des Minimaltarifes verzichtet wird. Diese Liste liegt den jetzigen Verhandlungen zugrunde, die sich also zum Teil auf Erörterung der einzelnen Warengebiete erstrecken werden. Die Franzosen haben ihre Aufzeichnung von Waren fertiggestellt, für die sie Zollbindungen und Zollüberhebungen, Einfuhrfreiheit und Kontingentierung verlangen.

Nach Lage der Dinge kann nur ein Uebereinkommen erreicht werden, bis die Praxis und die Fertigstellung des neuen deutschen Generaltarifs die endgültigen Abschluß ermöglicht.

Raiffeisenkassen. Interessante die Entwicklung der Raiffeisenkassen und ihrer Zentralorganisationen charakterisierende Daten für die Jahre 1919 bis 1922 veröffentlicht das Statistische Staatsamt in der soeben erschienenen Nr. 88-80 seiner „Mitteilungen“.

Nach dieser betraf die Erhebung 3817 (im Jahre 1919 3655) Raiffeisenkassen mit zusammen 445.629 Mitgliedern (gegen 388.812 im Jahre 1919). An Geschäftsanteilen wurden 6.330.000 K^o (5.116.000 K^o) eingezahlt; die Reserve- und sonstigen Fonds betragen 40.144.000 K^o (16.820.000 K^o im Jahre 1919). Auf Einlagebücher und laufende Rechnungen wurden 2.673.235.000 K^o (1.368.238.000 K^o) eingelegt; an Darlehen wurden 875.228.000 K^o (im Jahre 1919 237.688.000 K^o) gewährt, und zwar zum größten Teile nämlich 594.802.000 K^o (137.018.000 K^o) gegen Schuldverschreibungen. Die Bilanzsumme betrug 2.768.762.000 K^o (im Jahre 1919 1.409.944.000 K^o). Verkäufe haben ausgewiesen im Jahre 1922 489 (im 1919 456) Anstalten im Betrage von 2.982.000 K^o (835.000 K^o), Gewinne 3.129 (3.136) Anstalten im Betrage von 6.504.000 K^o (4.261.000 K^o). Von den Anstalten, welche die verlangten Daten eingezubringen, gehörten im Jahre 1922 3.803 Zentralorganisationen an, die 442.984 Mitglieder hatten, die Bilanzsumme dieser Zentralorganisation betrug im erwähnten Jahre 2.758.859.000 K^o. Die zitierte Nummer der „Mitteilungen“ bringt auch die Aktiva und Passiva der Kreditgenossenschaften in der Tschechoslowakei für die Zeitperiode 1919 bis 1922.

Parteinachrichten.

An alle Organisationen und Parteipostreure.

Der Verband des Arbeiterjahrbuches 1923 hat bereits begonnen. Es sind aber aus einzelnen Gebieten noch Bestellungen ausständig. Angesichts der Gefahr, daß die Arbeiter auch dieses Jahr wieder mit bürgerlichem Kalenderhandwerk überflutet werden, ist es notwendig, daß alle Organisationen, beziehungsweise die Parteipostreure die benötigte Anzahl von Arbeiterjahrbüchern sofort bei der Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag II., Kavaleerskoo nam. 32, bestellen.

Zentralstelle für das Bildungswesen. Parteipostreure Prag.

Kleine Chronik.

„Auf den Hund gekommen.“ Diese Redensart stammt aus spätmittelalterlicher Zeit und hat mit unseren vierbeinigen Begleitern wenig zu tun. - Mit „Hund“ bezeichnete man schon während der Bauern- und Schmovaldischen Kriege keine kupferne Urnen, die von einem verschwiegene Mannes verführt wurden, nachdem man Schmutzfächer und Hartgeldstücke, die nicht in die Hände der plündernden Feinde fallen sollten, hineingegeben hatte. „Die „Gunde“ wurden dann im Keller oder an anderen Sicherheit bietenden Orten vergraben. Aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges stammt auch die Redensart „hant hint ham“. Sie bezeichnet so viel, als einen Schatz gut beseitigt geschafft (vergraben) zu haben (hinten zu haben). Aber nicht nur in den Zeiten der Volkshörigkeit wurden „Gunde“ vergraben, sondern auch während ruhiger Zeitalter. Denn in einzelnen deutschen Gegenden war es, namentlich unter der bairischen Bevölkerung Sitte, sich gewisse Geldreserven auf diese Weise zu sichern oder vor tätlichen Eingriffen sicherzustellen. Mühte nun ein Bauerlein vor der Zeit seinen Schatz ausgraben und in Anspruch nehmen, so sprach der Volksmund von diesem Geldbedürftigen, „er sei auf den Hund gekommen.“ Noch heutzutage findet man hier und da - besonders beim Abreißen von alten Kellergewölben oder bei Ausschachtungsarbeiten - gut erhaltene und oft reichbesetzte „Gunde“, die oft hundert und mehr wertvolle Silbermünzen aus alter Zeit enthalten; und manche Sammlung hat auf diese Weise eine schätzenswerte Vermehrung erhalten.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Es geht jeden an, denn jeder ist den Unbilden einer Verkühlung ausgesetzt, die von verhängnisvollen Folgen begleitet sein kann. Der beste Schutz gegen Verkühlung ist die Abhärtung und Stärkung des Körpers, die am besten durch ständigen Gebrauch des

Diana Franzbranntwein

mit Menthol

Nehmen Sie nur Diana-Franzbranntwein an! Wollen Sie minderwertige Nachahmungen erspüren?

Überall erhältlich!

Diana-Franzbranntwein-Produktions-Ges. m. b. H. Prag VIII., Wien II., Drabohelova 1073, Engerthstraße 169.

Der Film.

Die Skavensönigin. (Slaviafilm.) Man ist es langsam überdrüssig, der Lutanahomen-Mode im Film auf Schritt und Tritt zu begegnen. Man kennt diese Kulissen mit den Hieroglyphen und den Sphinxköpfen schon auswendig. Wenn dann noch eine Dosis „Biblische Geschichte“ dazu kommt, kann einem der ganze Strudelreiß von sechs Akten ordentlich zuwider werden. Die Auffassung des Films ist furchtbar unhistorisch. Vielleicht liegt das an dem Roman „Der Mond von Israel“, der die Vorlage des Filmes war. Wenn der Film trotzdem gefällt, so liegt das an Maria Corda, die zwar ganz und gar nicht ägyptisch oder althebräisch wirkt, aber mit ihrem Puppenkopf, ihrer entzückenden Schlantheit und ihren schönen Augen auch das graue Milieu eines Lutanahomen-Filmateliers belebt. Trotz des Titels tritt sie leider nicht genug hervor. Hätte man ihr den ganzen Raum gewidmet, so wäre der Film um einiges lebenswerter geworden. — Das Orchester des „Orient“ stellte der Vorführung eine lobenswerte Musik bei.

Der Dieb von Bagdad. Der glänzende Märchenfilm, der zu den größten Filmwerken der letzten Jahre gehört (wir haben ihn einer ausführlichen Würdigung gelegentlich seiner Vorführung durch die United Artists Gesellschaft unterzogen) läuft in den Bios Hvezda, Koruna und Sanfouci. Das prächtige Spiel Douglas Fairbanks und die wunderbare Regie, die an nichts gepart hat, um eine wirklich märchenhaft schöne Szene zu bauen, machen diesen Film in gleicher Weise wertvoll wie die spannende Fährung der Handlung und das liebevolle Eingehen auf das Phantasieelement der orientalischen Sage. Noch nie ist es so wie hier gelungen, im Film alles Wesentliche des Märchens festzuhalten.

Die ganze Republik erwartet „Die Skavensönigin“.

Kunst und Wissen.

Arbeiterdarstellung „Glaube und Heimat“. Schönheitsstarke Tragödie ging Sonntag als Vorstellung des „Bereins deutscher Arbeiter“ in Szene. Die Wirkung war größer als bei der ersten Aufführung des neuinszenierten Werkes. Das Publikum folgte der Klar und kräftig gezeichneten Handlung mit innerem Anteil. Der Kampf eines im Heimatsboden festwurzelten Volkes um das Recht, nach seinem Gewissen und seiner Ueberzeugung zu leben, der Kampf, in dem dieses Volk Heimat und Eigentum löst, um die Stürze hochtragen zu können im Gefühl der Treue zu sich selbst, ward lebendig. „Solang ich mein Inwendiges lauber hab“, bliebt mich kein Reiter“, der Ausspruch des Christoph Rott ist in seinem Wesen Inhalt auch des stillen Seldentums der Arbeiterbewegung. Wieviel Heroismus ist unbefangenen Vorstehen geworden am Werke unserer Zeit! Um anderes, um viel Größeres geht es heute, aber die Lösung heißt wie vor 400 Jahren: Befestigen! Unter den Darstellern fielen wieder Frau Medelsky durch ihr lebenswahres, künstlerisch erstarrtes Spiel und Herr Olden durch seinen kernigen Humor auf. Mit ihnen mühte man hier Angenruber oder Schönheits „Erde“ spielen!

„Figaros Hochzeit“, W. A. Mozarts unsterbliche Buffo-Oper, gelangte am Sonntag neueinstudiert zur Aufführung. Die Verheißung, daß Alexander Zemlinsky am Pulse seines Amtes waltend werde, hatte auch diesmal wieder das Haus gefüllt, woraus folgt, daß die Hauptattraktion unserer Oper ihr Wesen selbst ist. Zemlinsky ist in der Tat als Dirigent eine Klasse für sich, namentlich aber, wenn er Mozart interpretiert. Dies bewies auch die sonntägige „Figaro“-Aufführung, die unter seinem Taktstock so überaus stillüberzeugend und musterbaulich wirkte, trotzdem nicht alle Hauptdarsteller ihren Aufgaben vollkommen gewachsen waren. Als Neuzustudierung hatte die Vorstellung nur bezüglich

der Rollen der Herren Glaschner und Reiter zu gelten; ersterer sang zum erstenmale den Figaro, letzterer den Bartolo. Herr Glaschner ist sicherlich ein außerordentlich gewandter Darsteller und arundmusikalischer Sänger aber über die Mängel seiner Stimme die nur im Vorlande frei anpricht, im Intablen Stille aber und bei vollerer Tongebung gequält klingt, ist nicht hinwegzukommen. Ähnliches gilt von Herrn Reiter als Sänger, nur daß dieser auch im deklamatorischen Gesange von der unfreien Tongebung nicht loskommt. Die besten Leistungen des Abends boten Frau de Garma als gefänglich und darstellerisch gleich entzückende und musterbällige Susanne, Frau Fichtl als Gräfin und Herr Hagen als Graf; auch Frau Schatz als Cherubin entschiede sich ihrer Aufgabe, namentlich in gefänglichem Hinsicht, in anerkenntnswürdiger Weise.

Konzerte der Woche. (Kammermusik. — Klavierabend Földessy-Hermann. — Rubelil.) Die Konzertsaison ist wieder einmal auf einem Höhepunkte angelangt. Täglich zwei und mehr Konzerte geben ihr die Signatur. Auffallend ist heuer die fast durchwegs ausgezeichnete künstlerische Qualität der Darbietungen. Erlesenste und vollkommenste Musikgenüsse gab es in der fünften Aufführung des deutschen Kammermusikvereines, bei der das Wiener Bugbaum-Quartett (die Herren Pollak, Starkmann, Morawek Bugbaum) und Alexander Zemlinsky (Klavier), ein Streichquartett von dem Russen Alex. Sergejewitsch Tanajew, ein Quartett für Klavier, Geige, Bratsche und Cello von W. A. Mozart und Ludwig van Beethovens Streichquartett in G-Moll (Werk 18) in vollendeter Ausführung zu Gehör brachten. Namentlich Mozarts Quartett, dessen Klavierpart Zemlinsky in folgendermaßen rhythmischer und dynamischer Ausbeutung und blendender technischer Meisterschaft spielte, erzielte einen geradezu sensationellen Erfolg bei dem, das große Theater füllenden kunstverständigen Publikum. — Als ernst strebende und von ihrer Kunst durchdrungene Pianistin erwies sich Frau Lusa Földessy-Hermann, die sich in einem eigenen Klavierabend erstmals der Prager musikalischen Öffentlichkeit vorstellte. Schon die gebiegene Auswahl ihres Programmes verrät echtes Künstlerium, das weniger des äußeren Erfolges als um der Kunst selbst willen Betätigung sucht. In Bach-Busonis „Chaconne“, Beethovens Sonate Opus 111 und geschmackvoll ausgewählten Werken von Chopin, Debussy, Mussorgski und dem tschechischen Neudäner Vomoška zeigte die Künstlerin nicht nur außerordentliches technisches Können, sondern auch hohes musikalisches Stilgefühl und vor allem starken Gefühlsausdruck im Spiele. — Jan Rubelil, der tschechische Geigerkönig, brachte in einem zusammen mit der tschechischen Philharmonie veranstalteten Konzerte sein sechstes Violinkonzert in F-Moll zur Uraufführung. Das in klassischer Form gehaltene Werk ist nicht besser und nicht schlechter als alle die früheren Schöpfungen des berühmten tschechischen Geigers; Virtuosenmusik, die zunächst den technischen Effekten des Soloinstrumentes dient und erst in zweiter Linie der rein musikalischen Aufgabe, die darum auch nur auf die Wiedergabe durch ganz große Virtuosen vom Schlage Rubelils beschränkt bleiben muß.

Der Jhklus der philharmonischen Konzerte unter der musikalischen Leitung Alexander Zemlinsky wird Donnerstag, den 14. November seinen Anfang nehmen. Die Ausgabe von Abonnement-Karten für alle 6 Konzerte findet täglich statt.

Jgor Strawinsky-Konzert am 13. November l. J. im großen Lucerna-Saal. Jgor Strawinsky ist bereits in Prag eingetroffen und hat die Leitung der Proben übernommen. Der Vorverkauf der restlichen Karten erfolgt: Deutsches Haus, Zimmer 16, E. Wepler, Narodni 36, M. Truhla, Wenzelsplatz, „Koruna“ und „Kofika“.

Battistini wird am 17. ds. sich von Prag in einem Konzerte verabschieden.

J. Rocian gibt sein erstes Konzert am 13. ds. im Smetanasaale. Mitwirkung der Philharmonie, Direktor Talich. Am Programm Mendelssohn, Tanejev, Paganini.

Finanzielle Hilfe Berliner Opernkonzerte. Aus Berlin wird gemeldet: Die große Berliner Volksoper ist zusammengebrochen und dürfte ihren Betrieb einstellen. Durch den Zusammenbruch wird ein Personal von 312 Personen eventuell brotlos werden. Der monatliche Ausgabenetat hat etwa 150.000 Mark betragen, dem an Einnahmen, obwohl das Theater jeden Tag voll besetzt war, höchstens 120.000 Mark gegenüberstanden. Die Vorstellungen am Freitag und Samstag wurden vom Personal schon auf Teilung gespielt, aber die Gläubiger, die fast 1 Million Goldmark zu fordern haben, zu befriedigen, ist wohl ausgeschlossen. — Auch die andere Oper im Westen Berlins, das Deutsche Opernhaus in Charlottenburg, soll sich, wie die „Montagspost“ meldet, in einer Situation befinden, die sich von der der Volksoper nicht viel unterscheidet. Das Deutsche Opernhaus gehört der Stadt Berlin, der bereits der ganze Fundus für Darlehen verpfändet ist. Beim Deutschen Opernhaus kommt ein Personal von fast 700 Köpfen in Frage.

Spielplan des Neuen deutschen Theaters. Heute Dienstag Gastspiel Strad „Siegtied“, Mittwoch „Das Weib im Purpur“, Donnerstag, „Das Kamel geht durch ein Nadelöhr“, Freitag „Gräfin Mariza“, Samstag Schillerfeier „Don Carlos“, Sonntag nachmittag „Tannhäuser“, abends „Gräfin Mariza“, Montag Gastspiel Strad — Manowarda „Götterdämmerung“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Die beiden Herren der gnädigen Frau“, Donnerstag, Vera Violetta — Sätze Grisetten“, Freitag „Die beiden Herren der gnädigen Frau“, Samstag Premiere „Cio-Cio“, Sonntag nachmittag „Kofäppchen“, abends „Die beiden Herren der gnädigen Frau“.

Turnen und Sport.

Aus dem Arbeiter-Turn- und Sportverband.

Wintersportwettkämpfe der Arbeiterturnerschaft.

Im Rahmen der ersten Arbeiter-Olympiade, die im Juli 1925 stattfindet, wird auch der Wintersport, der sich in den letzten Jahren innerhalb der Arbeiter-Turn- und Sportverbände stark entwickelt hat, zur Geltung kommen.

Die olympischen Wintersportkämpfe finden am 31. Jänner und 1. und 2. Februar 1925 in Schreiberhau im Riesengebirge statt.

Die Wettkampffolge setzt sich zusammen: Samstag, den 31. Jänner Beginn der ersten Kämpfe 9 Uhr früh, Start bei der Reifträgerbaude, 1300 Meter hoch.

Langlauf der Sportler 15 Km., der Sportlerinnen 6 Km., der Jugend 6 Km. (Bänderkampf Tschchoslowakei-Deutschland).

Hinderlauf 4 Km. in schwierigem Terrain. Sonntag, den 1. Februar. Beginn 9 Uhr früh, Redeln. (Bänderwettkampf Tschchoslowakei-Deutschland).

Je zehn Mann der Klassen 14 bis 18 Jahre, und Sportler über 18 Jahre, Sportlerinnen über 18 Jahre. Länge der Bahn 2800 Meter. Start: Neue tschechische Baude, Ziel Jodelfallberg (sehr steile Bahn).

Am 11 Uhr Sprünge der Jugendklassen 14 bis 18 Jahre (Bänderwettkampf Tschchoslowakei-Deutschland).

1 Uhr nachmittags: Springen der über 18 Jahre alten Sportler. Die Sprünge finden auf der Jodelfallhänge statt, auf der Sprünge über 40 Meter möglich sind.

An diesem Tage findet auch der Sprung zum zusammengekehrten Lauf statt, 12 Uhr mittags.

Montag, den 2. Februar. Langlauf 10 Km. (zum zusammengekehrten Lauf gehörig) Start, Reifträger.

30 Km. Langlauf, Start Reifträger. Ziel Jodelfall.

Die genauen Zeiten werden noch rechtzeitig bekanntgegeben.

Montag, den 2. Februar um 6 Uhr abends Siegerverkündigung.

Alle Meldungen sind spätestens 1. Dezember l. J. an den Arbeiter-, Turn- und Sportverband unter genauer Angabe der erzielten Leistungen zu senden.

Sportler, die bürgerlichen Verbänden angehören, werden zu diesem Wettkampfe nicht zugelassen, zu jeder Wettkampffahrt können je neun Mann starten.

Nach dem 1. Dezember l. J. einlaufende Meldungen werden auf keinen Fall berücksichtigt.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband. Sieh Auffg, verfügt bereits über eine ansehnliche Anzahl Wintersportabteilungen, die ziemlich gute Leistungen erreichen. Die Wintersportkämpfe der Arbeiter-Sportler müssen daher von besonderem Interesse sein.

Arbeiter, die ihr Wintersportler sein, schließt Euch den Arbeiter-Turnvereinen an!

„Vorturner“ Oktober. Derselbe konnte der letzten Turnzeitung nicht beigelegt werden, weil er erst nach der Expedition einlangte.

Bezirksleistungen Achtung! Sendet uns sofort die Adressen des Bezirkschmanes, des Bezirksgebieters, Bezirksassessors und Bezirksturnwartes. Wir brauchen dieselben dringend für den Kalender, da sich in der jetzigen Aufstellung Unklarheiten befinden. Frei Heil! Der Bundesvorstand.

Der Prager DFC. in Pardubitz geschlagen. SR. Pardubice hat am Sonntag auf eigenem Plage den Prager DFC. einwandfrei 2:1 (0:1) geschlagen. Die Prager DFC. machten in der zweiten Halbzeit einen überspielt Eindruck und ließen sich von den Pardubitzern vollständig zurückdrängen. Für die DFC. -Leitung wäre es nach dieser Niederlage das Vernünftigste, den Spielbetrieb in dieser Saison überhaupt einzustellen und die Mannschaft lediglich einem rationalen Training zu unterziehen. Denn wenn die Mannschaft trotz ihrer hohen Fähigkeiten selbst gegen Provinzgegner nicht mehr auskommt, so wird sie sich gegen Mannschaften aus der sogenannten Sonderklasse nur eine Blamage nach der anderen holen.

Viktoria Zlitzow gegen Teplicher Fußball-Klub 4:0 (1:0). Teplicy hat die Zuschauer enttäuscht. Eine Sturmreihe, die auf Goalemachen verzielt und die beiden Seitenhälften trugen zu der Niederlage bei. Viktoria hatte bei ihren Aktionen mehr Glück und konnte das Spiel für sich entscheiden, trotzdem das Resultat dem Spielverlaufe nicht entspricht, denn Teplicy war nicht nur ein ebenbürtiger Gegner, sondern in der zweiten Hälfte der Viktoria überlegen; nur gelang es ihnen nicht, all dies zu ihrem Vorteil auszunützen.

FC. Sparta gegen Wader Wien 4:3 (1:1). Die Wiener hielten sich wider Erwarten ausgeglichen und lieferten der Sparta ein ebenbürtiges Spiel, das sie nur durch die Unachtsamkeit ihrer Verteidigung während einer kurzen Zeit in der zweiten Halbzeit verloren. Ihr Spiel war gefälliger als das der Sparta; auch mangelte ihnen nicht der frische Zug aufs Tor. Die 12.000 Zuschauer verließen voll auf befriedigt das Spielfeld. Die Leistungen Waders machen es verständlich, daß diese Mannschaft jetzt in der österreichischen Meisterschaft eine so große Rolle spielt. Mit so viel Eifer und so starkem Siegeswillen hat man schon lange nicht eine Wiener Mannschaft in Prag spielen gesehen. Daß sich Wader da viele Sympathien erworbt, ist selbstverständlich.

Oesterreich gegen Schweden 1:1 (1:1). Die beiden Ländermannschaften enttäuschten die 50.000 Zuschauer, die sich auf dem Simmeringer Plage eingefunden hatten. Speziell die Leistungen der österreichischen blieben weit hinter den Erwartungen zurück, so daß bei dem ganzen Rummel nur ein bescheidenes Unentschieden herauskam.

Sonntägl. Fußball. Prag. Praha VII gegen Sparta Roske 7:3, Právoice gegen Viktoria 4:1, Meteor Vinohrady gegen Meteor VIII 6:4, CAFC. gegen Slavoj VIII 3:1, Slavia gegen Viktoria Vinohrady 10:1, Deutsche Sportbrüder gegen ZSK. Hagibor 1:1. — Karlsbad. Karlsbader FK. gegen DSK. Komotau 6:0, Sparta Karlsb. gegen DSK. Eger 5:1. — Eger: Sportbrüder Eger gegen DSK. Aich 4:3. — Turn. Turner SK. gegen DSK. Brüz 3:0. — Auffg. DSK. Auffg. gegen VSK. Teplicy 3:1, Prödlitz gegen DSK. Pirna 7:1. — Saaz. DSK. Saaz gegen Teichsen-Bodenbach 1:1. — Brunn. Zidenice gegen Krodslav 2:1, Brüner SK. gegen Mor. Stabia 3:1. — M.-Ostrau. SK. Mährisch-Ostrau gegen Moraviska Ostrava 2:1. — Witkowitz. DSK. Witkowitz gegen Sloman M.-Ostrau 3:2. — Přebuz. Blue Star Brünn gegen Vigi 3:2, PAC. gegen Törektes 1:0, Rapid gegen Raffabi 3:1, FC. gegen Hakoah 0:0, MKA. gegen WSK. 2:1. — Wien. Hakoah gegen Ostmark 3:1, Admira gegen DSK. Troppau 3:1, WAC. gegen Weiße Elz 2:1, Rapid gegen Sportklub 1:1, Hertha gegen Rudolfsbügel 1:0. — Budapest. FC. gegen PAC. 5:0, Vajas gegen Nemzeti 2:1, KAC. gegen Törektes 3:1, 3. Bezirk gegen WAC. 0:0, Zuglo gegen WAC. 2:0, Vienna Wien gegen MKA. 2:1, sehr schöner Erfolg, Tore für Vienna erzielten Seidl und Gschweid. — Reichsdeutscher Fußball. 1. FC. Nürnberg gegen TB. 1860 München 5:0, Spielvereinigung Fürth gegen Bayern München 0:0, Wader München gegen Schwaben Ulm 1:0, Städtewettkampf Kiel gegen Bremen 4:2, Bundespolizei Süddeutschland gegen Berlin 7:2, Norddeutschland gegen Westen 3:2. — Amateurländerwettkampf England gegen Irland 3:2.

Schwimmen. Länderkampf im Damenschwimmen Oesterreich-Ungarn. Im Rahmen des Jubiläumfestes der Wiener Danubia fand Sonntag der Revanchekampf im Damenschwimmen zwischen den repräsentativen Teams von Oesterreich und Ungarn statt. Oesterreich gewann abermals mit 25:11 Punkten. Die Ergebnisse aus den vier Wettbewerben der Konkurrenz lauten: Brustschwimmen 100 Meter: 1. Pienensfeld (Oest.) 1:40.6, 2. Molnar (Ung.) 1:40.7. Rückenschwimmen 100 Meter: 1. Molek (Ung.) 1:33.6 (ung. Rekord), 2. Breilteger (Oest.) 1:38.9. Freistil 100 Meter: 1. Adler (Oest.) 1:24.4, 2. Kohn (Oest.) 1:24.5. Lagastaffel 3x50 Meter: 1. Oesterreich, A-Mannschaft 2:06.7, 2. Oesterreich, B-Mannschaft 2:07.8, 3. Ungarn 2:37.8. An dem Rückenschwimmwettbewerb nahm auch die deutsche Meisterin Anni Rehborn aus Bochum teil und gewann außer Konkurrenz in der neuen deutschen Rekordzeit von 1:28.8. Interessant ist, daß die neue ungarische Rekordinhaberin Molek erst 13 1/2 Jahre alt ist. Wenisch stellte im 400 Meter Rückenschwimmen einen neuen österreichischen Rekord mit der verhältnismäßig guten Zeit von 6:36 auf.

Kadrennen. Im Straßenrennen Rund um die Lombardei über 255 Kilometer, das ohne die gemeldeten deutschen Fahrer stattfand, siegte der Italiener Brunero in 8 Stunden 36 Minuten vor seinem Landsmann Girardengo, der 8:46:07 benötigte. Nur eine Kadrlänger zurück endete der Belgier Linart. — Auf der Pariser Winterbahn fand ein 100-Kilometer-Mannschaftsfahren statt, das mit einem überlegenen Sieg des holländischen Paars Rempten — Van Red in 2:23:00.2 endete. Sie erreichten 43 Punkte vor De Ruyter — Van Hesel 33 Punkte.

Hockey. DSK. Prag gegen komb. tschch. Team 2:1 (1:0). Verdienter sicherer Sieg.

5. Kreis. Die im Arbeitsplan auf den 7. Dezember 1924 festgesetzte Kreisvorturnerunde für Männer muß auf den 14. Dezember verschoben werden. Infolgedessen haben die Gruppenvorturnerunden am 21. Dezember stattzufinden. — Süddeul.

Herausgeber Dr. Ludwig Czech. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Reichner. Druck: Deutsche Zeitungs- & G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Bank für Brauindustrie in Prag. Offizielle Bankstelle der Brauindustrie-Organisation der Cechoslowakischen Republik. Filialen: Brünn, Schüttenhofen, Trnava (Slovakel). „Annahme von Einlagen auf Sparbücher“. Alle Banktransaktionen werden billigst durchgeführt.

Kalla's Fischkonserven. werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt. Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.